

Franz Oppenheimer

FREILAND – FREIGELD.

Kritik der Geld- und Krisentheorie Silvio Gesells

I. Freiland-Freigeld

1. Freiland

Silvio Gesell will, und wir sind von Herzen einverstanden, die „natürliche Wirtschaftsordnung“ herbeiführen.¹ Das Ziel ist das gleiche, dem aller Sozialismus zustrebt: die Beseitigung des arbeitslosen Einkommens, Grundrente und Kapitalprofit bzw. Zins, um jedem Schaffenden seinen vollen Arbeitsertrag zuzuführen. Darunter versteht er richtig, was ich die „rationelle Verteilung“ nenne: die Verteilung nach der Leistung für die Gesellschaft, wie sie sich im freien Wettbewerb durchsetzt, nicht aber die mechanisch gleiche Verteilung, wie sie einige radikale Kommunisten planen. Denn die Naturgesetze „wollen den Wettstreit“ (V). Auch damit sind wir durchaus einverstanden.

Aber dieser natürliche und segensreiche Wettstreit, der nicht nur die Gesellschaftswirtschaft entwickelt, sondern auch die Menschen höher züchtet, kann selbstverständlich seine Wirkung nur entfalten, wenn „er sich so abspielt, wie es die Natur will, d. h. mit der von ihr gelieferten Ausrüstung unter gänzlicher Ausschaltung von Vorrechten. Er muss ausschließlich von angeborenen Eigenschaften bedingt sein ... nicht dem Geld, nicht verbrieften Vorrechten, sondern der Tüchtigkeit, der Kraft, der Liebe, der Weisheit der Eltern müssen die Kinder ihre Erfolge verdanken“ (V).

Diese Auffassung ist nicht die des Manchestertums: „Es handelt sich nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine bewusste und gewollte Tat.“ Die Vorstellung ist also derjenigen der Physiokraten vom „ordre naturel“ aufs Nächste verwandt. Diese sollte durch einen „aufgeklärten Despoten“ eingeführt und unter seiner „vormundschaftlichen Gewalt“ aufrechterhalten werden.

Zu dem Zwecke müssen alle Wettbewerber die gleiche Ausrüstung erhalten. Und zwar hat das dadurch zu geschehen, dass alle Vorrechte „spurlos“ beseitigt werden“ (VII): alles dasjenige, was nach der physiokratischen Grundlehre die „natürliche“ zur „positiven Ordnung“ verzerrt und verdirbt, nämlich die vom Staate verliehenen und geschützten Privilegien und die von ihm geduldeten Missbräuche. Vor allem ist das „Gewalteigentum“ (Dühring) abzubauen: „In die Wirtschaft ist sehr viel wirtschaftlich maskierte Gewalt, Ausbeutung fremder Arbeit, mitverflochten ... Alle diese Gewaltelemente haben die Wirkung, den freien gleichen Wettbewerb auszuschalten. Die freie Konkurrenz aber ist die innere Selbststeuerung des Wirtschaftsbetriebes. Nur mit dieser Selbststeuerung läuft und kreist Arbeit und Tausch mit ständig ausgewogenem Gleichgewicht sicher und störungsfrei weiter“ (XVI).

Das wichtigste Gewalteigentum, das zu verschwinden hat, ist das am *Boden*. Es ist den Proletariern „entwendet worden“, und man darf ihnen das Recht nicht verweigern, ihn zurückzunehmen (VIII). Wenn der Staat, der „liebe Klassenstaat“, (61) im Dienste des Manchestertums das verhindert, so ist es ein klarer Verstoß gegen dessen eigenes Grundprinzip der Freiheit, ist es nichts als „Betrug und Heuchelei“ (VIII). Freilich, der Staat als Klassenstaat steht und fällt mit diesem Monopol (13): Wird es beseitigt, „so wird der Götze, der im drohenden Staatssozialismus zum alles verschlingenden, alles verdauenden Ungeheuer sich auswächst, zu einem bescheidenen Knecht zusammenschrumpfen“ (69).

Darum ist die erste Forderung *Freiland*: „Das Sondereigentum am Boden wird restlos abgelöst und wird der privaten Bewirtschaftung durch öffentliche Verpachtung im Meistbietungsverfahren überlassen“ (68).

Ich will hier die Einzelheiten des Vorschlags nicht näher untersuchen, will z. B. nicht fragen, ob die Ablösung durch Kauf oder durch Konfiskation geschehen soll, und vor allem nicht, ob man nicht mit einer viel weniger radikalen Maßnahme billiger und schneller, weil gegen einen viel geringeren Widerstand, zum Ziele kommen könnte. Diese Fragen habe ich in meiner Studie über „Henry George und die Einsteuer“ ausführlich behandelt und, wie ich glaube, erschöpfend beantwortet. Hier handelt es sich nur um den *Grundsatz*: die Beseitigung des ersten jener beiden oben genannten arbeitslosen Einkommen, der Grundrente, des ersten „Gewaltanteils“, der vom Arbeitsertrag abgezogen wird. In dieser Beziehung stimmt Gesell den älteren Freiländern, Henry George, Theodor Hertzka und mir selbst völlig zu, soweit die Notwendigkeit in Frage steht, das Bodenmonopol zu brechen, und soweit die Folgen der Maßnahme in Betracht kommen. Das „ausschließliche und ausschließende Eigentum“ (101) am Boden, wie es heute besteht, „setzt den Ertrag der Arbeit für alle Bebauer des Bodens gleichmäßig auf den Ertrag herab, den man von Ödland in der Heimat oder vom herrenlosen Boden in der fernen Wildnis erwarten kann“ (16). Alles andere nehmen Grundrente und Kapitalprofit für sich. Die Lage des „Grenzkuli“, wie ich den Arbeiter auf solchem Boden nenne, bestimmt, kraft der Konkurrenz, die die Wanderungen verursacht, den Lohn aller Arbeiter (21, 41). Wenn also der Boden jedermann frei zugänglich ist, nach der Reform, nach der Sprengung des Monopols, fließt dem Arbeiter derjenige Teil des Mehrwertes zu, den bisher das Grundeigentum verschlang (95, 246).

Bis hierher gehen wir grundsätzlich bedingungslos mit dem Verfasser, indem wir gewisse sekundäre Bedenken zurückstellen, von denen einige soeben angedeutet wurden. Aber diese Meinungsverschiedenheiten berühren das große Grundprinzip nicht und dürfen hier vernachlässigt werden.

2. Freigeld

Henry George, dem Gesell die Lehre vom Bodenmonopol verdankt, war der Überzeugung, dass mit seiner Beseitigung alles getan sei, um das arbeitslose Einkommen „spurlos“ verschwinden zu lassen. Er hielt nämlich den Zins für eine „legitime, natürliche Bildung“.

Unzweifelhaft ist seine Lehre vom Zins falsch. Auch hier wieder müssen wir Gesell Recht geben. Sie ist „naive Fruktifikationstheorie“, wie Gesell mit Böhm-Bawerk sagt, und kann die Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft, Zins, Krisen und Arbeitslosigkeit (107) nicht erklären. Sie beruht auf der ewigen Verwirrung von Rohzins und Reinzins und wird, wie jede andere Zinslehre, die den Zins als einen *Aufschlag* auf den natürlichen Preis des Produkts erklärt, durch die einfache, zuerst von Marx angestellte Überlegung abgetan, dass diese Aufschläge per saldo – null ergeben, weil jeder als Käufer so viel verliert, wie er als Verkäufer gewonnen hatte. Der Zins bzw. Profit ist nur zu erklären durch Abzüge vom vollen Arbeitsertrage der Schaffenden, nur als „Mehrwert“, wie auch Gesell es tut: „die aufwieglerische Ausbeutungstheorie“ (289).

Gesell behauptet aber nicht nur, dass die Georgesche Zinstheorie falsch ist, sondern: dass *Freiland allein kein „Allheilmittel“ ist* (106). Er erblickt noch ein zweites, mindestens ebenso schweres Hindernis für den gerechten Austausch und daher einen zweiten schweren Abzug vom vollen Arbeitsertrage. Dieses Hindernis ist *das heutige Geld*.

Der Gedankengang ist der folgende:

a) Das Geld ist ein „Erzeugnis der Gesetzgebung“;

b) Das Geld ist für den Tauschverkehr unentbehrlich;

c) Das Geld erhebt bei jedem Tausch einen Aufschlag, den „Urzins“. Dieser Urzins ist die Grundursache allen Zinses und Profits;

d) Darum muss das heutige Geld durch ein neues Geld ersetzt werden, das den Urzins nicht erheben kann: *Freigeld*.

a) Geld als Erzeugnis der Gesetzgebung

Die Behauptung ist nur zur Hälfte richtig. Der Staat, das „Gesetz“ (115), hat dem Gelde nur die Eigenschaft als *Zahlungsmittel* verliehen, aber als *Tauschmittel* ist es ein Geschöpf der natürlichen Entwicklung der Gesellschaft, genau wie die Sprache und die Sitte.

Kaurimuscheln, Pelze und andere Waren sind Tauschgeld gewesen, lange bevor der Staat als Klassenstaat entstand, ja, bevor von einem „Staat“ ernstlich überhaupt die Rede sein konnte.

Das erste Metallgeld im engeren Sinne waren abgewogene Stücke Silbers, die durch den Stempel eines angesehenen Bankhauses in Bezug auf Gewicht und Feingehalt beglaubigt waren: der vorderasiatische Schekel. Diese Urform der Münze ersparte dem Verkehr die mühsame Arbeit, das von der Silberstange abgehackte Stück zu wiegen (Schrot) und auf seinen Feingehalt zu prüfen (Korn); es erlangte dadurch die Eigenschaft, die alles und jedes Geld haben muss, in einer bestimmten Gruppe „Kurs zu haben“, d. h. von jedem aus dieser Gruppe ohne Weiteres angenommen zu werden. Der Staat kam erst nachher, beanspruchte das alleinige Recht der Ausgabe, um Missbräuche zu verhüten, aber übernahm das herkömmliche Gewicht, die Einteilung: (Talent, Mine, Obolos, Pfund, Schilling, Pfennig) und die alten Namen. Hätte er sich damit begnügt, so wäre alles in der schönsten Ordnung gewesen. Da er aber „Klassenstaat“ ist, bemerkte er bald, dass hier Gewinne gemacht, d. h. gestohlen werden können. Er verdarb das Geld, wie er alles verdirbt, was er mit seinen räuberischen Händen berührt, von der Religion bis zur Wissenschaft und zur Schule, setzte Gewicht und Feingehalt herab und verordnete, dass das gefälschte Geld den alten Namen behalten und als *Zahlungsmittel* bei der Ablösung von Schulden nach dem Wortlaut des Schuldvertrages angenommen werden müsse. A. war dem B. fünf Pfund Silber schuldig. Der Staat befahl, dass künftig ein halbes Pfund – ein Pfund ist, und so hatte der Schuldner dem Gläubiger nur die Hälfte des Vereinbarten zu zahlen.

Georg Friedrich Knapp, durch den Gesell hier stark beeinflusst ist, hat in seinem berühmten Buche „Die staatliche Theorie des Geldes“ das Geld für „ein Geschöpf der Rechtsordnung“ erklärt. Ich habe darauf erwidert, dass nur das *verdorbene* Geld ihr Geschöpf ist. Wenn der Staat sich nicht eingemischt hätte, so wäre das Geld als Tauschmittel auch immer ohne Weiteres Zahlungsmittel gewesen und geblieben, denn ein Pfund oder eine Mark, ein Talent, ein Peso waren ursprünglich *Gewichte*, nichts anderes als Gewichte, deren Schwere bekannt und durch den Gebrauch festgelegt war. Und die Gesellschaftswirtschaft hätte gar nicht bemerkt, dass das Geld als Zahlungsmittel eine besondere Funktion hat. Als solches ist es eine *juristische*, aber nicht im mindesten eine *ökonomische* Kategorie. Da wir aber hier ausschließlich von der Wirtschaft und nicht von der Jurisprudenz handeln, ist Gesells Behauptung nicht nur halb falsch, sondern gänzlich falsch. Er sagt selbst: „Das Geld ist doch vor allem Tauschmittel“ (163).

b) Das Geld für die Arbeitsteilung unentbehrlich

„Das Geld ist unbedingte Voraussetzung entwickelter Arbeitsteilung“ (326), ist das „allgemeine unentbehrliche Tauschmittel“ (327).

Der Satz ist falsch! Das Umgekehrte ist richtig: Das Geld ist unbedingte Voraussetzung nicht voll entwickelter Arbeitsteilung.

Im Anfang, als die Arbeitsteilung ihre ersten Schritte tat, gab es noch kein Geld. Man tauschte Gut gegen Gut nach rein subjektiven Gefühlsmaßstäben: eine Last Gold gegen Whittingtons Katze, eine Schachfigur gegen einen Gefangenen, ein Schwert gegen fünf oder zehn Rinder. Dann bildete sich das Geld heraus: zuerst Naturalgeld (Kauri, Pelze), dann naturales Metallgeld (jenes abgehackte, auf Schrot und Korn geprüfte Silber), dann geprägtes Metallgeld. Jeder Schritt auf dieser Bahn war ein kleineres Mittel zum größeren Erfolge der Erleichterung und Verbilligung des Verkehrs. Aber dabei blieb die Entwicklung nicht stehen. Sie ging weiter auf der gleichen Bahn, und das Endziel ist, den unmittelbaren, *nicht durch Geld vermittelten* Tausch von Ware gegen Ware zur Alleinherrschaft zu erheben, das Geld als Tauschmittel völlig „entbehrlich“ zu machen. Der erste Schritt war die *Skontration* auf den großen Messen: Alle Käufe und Verkäufe wurden am letzten Messetage, und zwar in Landesmünzen umgerechnet, gegeneinander „aufgerechnet“ und nur die Saldi wurden bar ausgezahlt: das gleiche Verfahren, das Kartenspieler anwenden, die Gewinn und Verlust anschreiben, statt jedes Mal sofort auszuzahlen, und erst nach Schluss der Partie ausrechnen, wer und wie viel jeder per Saldo zu erhalten bzw. zu bezahlen hat. Der zweite Schritt war der *Messwechsel*, der auch die Saldi zum großen Teil bargeldlos beglich; er entwickelte sich bis zu dem zuerst verbotenen Platzwechsel; dann kam die *Banknote* als der „gewechselte Wechsel“: Denn das ist ihr einzig legitimer, ihr einzig *ökonomischer* Beruf, gegen gute Kundenwechsel begeben zu werden. Gegen „Finanzwechsel“, auch wenn der Staat selbst sie ausgibt (Schatzwechsel), sollten nie Noten ausgegeben werden: Das ist Inflation und der Anfang vom Ende. War die Note bequemer als der Wechsel, der auf beliebige Geldsumme lautet und täglich an Wert gewinnt, weil der Diskont (der Zinsabzug pränumerando) immer kleiner wird, so ist der Scheck noch bequemer, weil er auf genau die Summe lautet, die geschuldet wird.

Es ist unbegreiflich, dass Gesell sagen kann: „Verglichen mit dem baren Gelde ist der Scheck doch ein außerordentlich plumpes Zahlungsmittel“ (259). Bei sehr kleinen Summen mag das stimmen, obgleich der Postscheckverkehr vielfach sehr kleine Summen betrifft, aber bei großen Summen ist offenbar das genaue Gegenteil der Fall. Ein Scheck über hundert Millionen Pfund ist ebenso leicht ausgestellt und gutgeschrieben wie einer über fünf Mark: Aber man zähle auch einmal auch nur eine Million in Scheinen oder gar in Metall zu!

Schließlich führte die Entwicklung der letzten endgültigen Form des bargeldlosen Verkehrs zum *Clearing*, wo alle Wechsel und Schecks gegeneinander skontriert und sogar die Salden bargeldlos durch Gutschrift bzw. Lastschrift der beteiligten Banken auf Clearingkonto ausgeglichen werden. Nicht ein einziger Pfennig Bargeld ist hier „unentbehrlich“.

Dieser bargeldlose Verkehr verhält sich heute schon zu dem noch durch Geld vermittelten Verkehr wie der Berg Gaurisankar zum Brocken. Gesell selbst führt an vielen Stellen die Tatsachen an. Er berechnet (245, 262) die umlaufende Geldmasse Deutschlands auf vier bis sechs Milliarden Mark. Dagegen wurden 1907 für 36 Milliarden Wechsel in Umlauf gesetzt (335). Im gleichen Jahre erreichte der Umsatz des Londoner Clearing-House fast 13 Milliarden Pfund gleich rund einer Viertelbillion Goldmark, in New York und den übrigen Bankplätzen der Vereinigten Staaten 670 Milliarden Goldmark, also 2/3 Billion. In Deutschland waren es 45 Milliarden.² Diese Ziffern enthalten noch nichts von dem ungeheuren Umsatz, den die Banken „in sich“ machen, der also nicht zum Clearing kommt: alle Geschäfte zwischen ihr und ihren Kunden und zwischen den Kunden der gleichen Bank, wo einfache Buchung und Gegenbuchung die Zahlung bewirken.

Unzweifelhaft besteht die Tendenz, diesen bargeldlosen Verkehr immer mehr auszudehnen, bis das Geld als Tauschmittel ausgespielt hat. Schon heute vollzieht sich der internationale

Waren- und Geldverkehr zu fast hundert Prozent durch Rimessen (Wechsel, Schecks usw.),³ und fast das Gleiche gilt bereits vom Inlandsverkehr der höchst entwickelten Volkswirtschaften, namentlich Englands, aber in wachsendem Maße dank den Postschecks auch schon auf dem Kontinent. Wenn das Ziel heute noch nicht erreicht ist, so liegt es an zweierlei, an dem Vorkommen von Wirtschaftsstockungen, Krisen, in denen das Gold eine Rolle spielt, die Gesell vortrefflich beschrieben, aber nicht richtig verstanden hat, weil er dem Golde die Eigenschaft bestreitet, Wertmesser zu sein. Davon sofort. Dieses Hindernis würde, wenn Gesells Anschauung richtig wäre, nach der Einführung seines Freigeldes verschwunden sein: Denn er führt die Krisen ausschließlich auf die fatale Eigenschaft des heutigen Geldes zurück, den Urzins zu erpressen. Das zweite Hindernis ist unsere Arbeitsverfassung. Der gewöhnliche Arbeiter ist nicht scheckfähig, weil er nicht regelmäßig zur Bank gehen kann, die in seiner Freizeit geschlossen ist, weil er im Schriftwerk schwerfällig ist und im Allgemeinen nicht als kreditfähig angesehen wird. Diese Lücke ließe sich aber schon heute unschwer schließen, indem z. B. die Unternehmer vom Postscheckamt Abschnitte über kleine Summen gegen Lastschrift kauften und diese ihren Arbeitern als Lohn auszahlten, so dass nur noch die Spitzen in kleinster Münze hinzugefügt werden müssten. Jeder Geschäftsmann, jeder Hauswirt würde diese Anweisungen auf eine durchaus zahlungsfähige öffentliche Kasse, diese „zertifizierten Schecks“ gern annehmen und sich alsbald auf das eigene Postscheckkonto gutschreiben lassen, indem er sie gegen Quittung dem nächsten Postamt einreicht. Unter der Voraussetzung einer solchen Reform der Lohnzahlung würden im allgemeinen Verkehr nur noch Scheidemünzen für jene Spitzen und für die kleinen Ausgaben umlaufen, für die es nicht lohnt oder nicht möglich ist, Schecks auszustellen: für eine Fahrt in der Straßenbahn, für eine Eintrittskarte im Theater oder Kino, für einen Imbiss im Wirtshaus. Für die Reise hat man ja heute schon die Traveller-Schecks, die überall als bares Geld angenommen werden. Das bisschen Scheidemünze aber kann keinen „Riegel auf der kürzesten Straße des Verkehrs“ (333) darstellen. Denn hier handelt es sich durchaus um Ausgaben, die sofort zu machen sind (327), wo das Geld also den Urzins nicht erlangen kann.

Somit würde das Freigeld, indem es die Krisen beseitigt, sich automatisch selbst entbehrlich machen, ohne dass die Arbeitsteilung im Geringsten darunter litte. Das Gleiche würde selbstverständlich für jede Gesellschaftswirtschaft mit dem alten Gelde zutreffen, wenn die Krisen auf andere Weise zu vermeiden wären, weil sie aus einer anderen als der von Gesell behaupteten Ursache entstehen – worüber wir uns noch zu unterhalten haben werden –, und insbesondere dann, wenn die Arbeiter bei wesentlich höherem Lohneinkommen objektiv und subjektiv scheckfähig würden, was sie auch nach Gesell schon dadurch werden, dass „Freiland“ sie von dem Tribut der Grundrente erlöst.

Nun hat er freilich die Vorstellung, dass der bargeldlose Verkehr nicht kürzer und bequemer, sondern im Gegenteil weiter und unbequemer ist als die „kürzeste Straße zwischen Verbraucher und Erzeuger, das Geld“. Er begründet das folgendermaßen: „Wie würde man auch sonst 105 Mark in Wechseln für 100 Mark in Geld geben, wenn das bare Geld dem Wechsel gegenüber als Tauschmittel keine Vorteile böte?“ (333). Es ist unbegreiflich, dass ein so erfahrener Kaufmann wie Gesell dies niederschreiben konnte. Jeder Kaufmann zahlt lieber mit Kreditgeld als mit Bargeld, wenn der andere es nur annimmt, weil es so viel billiger und bequemer ist. Darum strömt Gold ins Ausland nicht eher ab, als bis der Goldpunkt überschritten ist, d. h. bis es billiger ist, Gold zu zählen, zu verpacken, zu versichern und zu verfrachten, als eine Devise zu kaufen. Und schließlich: Man zahlt 105 Mark in Wechseln für 100 Mark in Bargeld doch nur, weil das Geld erst in drei Monaten fällig ist, und weil man erwartet, in dieser Zeit 10 oder 20 Mark damit zu gewinnen.

c) Der Urzins

Woher stammt der Urzins? Gesell belehrt uns folgendermaßen: „Das herkömmliche Geld (Metall- und Papiergeld) lässt sich dank seiner körperlichen Verfassung unbegrenzt und ohne nennenswerte Lagerkosten vom Markte zurückhalten, während die auf das Geld als Tauschvermittler unbedingt angewiesenen Warenerzeuger (Arbeiter) durch die ständig wachsenden Verluste, die mit dem Aufbewahren der Waren verbunden sind, eine Zwangsnachfrage nach Geld halten.“

„Infolge dieses eigentümlichen Sachverhalts vermag der Kaufmann von den Warenbesitzern eine besondere Vergütung dafür zu erzwingen, dass er darauf verzichtet, den Austausch der Waren durch Festhalten des Geldes willkürlich hinauszuziehen, d. h. zu verschleppen, und nötigenfalls gänzlich zu verhindern.“

„Aus dieser regelmäßigen Vergütung setzt sich der Zins des Handelskapitals zusammen und er beträgt, auf den Jahresumsatz verteilt, nach mehrtausendjähriger Erfahrung 4-5 %“ (326/327).

„Der Urzins wird also ganz einfach zu all den übrigen Handelsunkosten geschlagen“ (334). Er wird auf das sogenannte Realkapital (Sachgut) übertragen, weil niemand ein solches erwerben wird, wenn es ihm nicht den gleichen Zins einträgt, den ihm sein Geld einbringen würde, wenn er es lange genug zurückhielte. Infolgedessen kann auch nur erzeugt werden, was mit dem Aufschlag von Zins weiterverkauft werden kann: Und so ist der Zins das große Hemmnis der Güterproduktion. Hier liegt die Ursache des Pauperismus: Es können nicht Güter genug hergestellt werden, um alle in Wohlstand zu versetzen, obgleich die technische Möglichkeit dazu längst besteht. Es können also auch nicht alle Arbeiter voll beschäftigt werden: Das Geld, vermöge des Urzinses, erzeugt durch erzwungene Arbeitslosigkeit das Proletariat der „freien“, d. h. der eigenen Produktionsmittel entbehrenden Arbeiter. Ohne Proletariat aber gibt es kein Realkapital, d. h. Sachgut, das Zins abwirft. „Das Geld schafft das Proletariat, nicht, weil die Zinslasten das Volk um Hab und Gut bringen, sondern weil es das Volk gewaltsam daran hindert, sich Hab und Gut zu schaffen“ (340). „Das Geld allein ist das wirkliche Realkapital, das Urkapital“ (339), und „der Urzins ist der Gleichgewichtspunkt, um den der Zins aller Realkapitalien pendelt“ (341). „Der Urzins war kein Darlehenszins; der Tausch des Geldes gegen Ware und die hierbei erhobene Abgabe hatten nichts gemein mit einem Darlehen“ (358). „Es wäre auch erhoben worden, wenn alle Arbeiter mit eigenen, genau gleichen Arbeitsmitteln versehen gewesen, wenn alle Schulden bezahlt worden wären, wenn jeder sein Einkäufe bar bezahlt, jeder im eigenen Hause gewohnt hätte, wenn der Markt für Darlehen geschlossen, wenn alle Anleihen verboten gewesen wären, wenn man das Erheben von Zins kirchlich und gesetzlich untersagt hätte“ (359).

Diese Theorie vom Kapitalzins ist zweifellos den meisten bisher vorgetragenen, auch der von Henry George, in vielen Punkten überlegen. Wenn wir die Voraussetzung, den Urzins, zugeben müssen, ist alles in Ordnung. Vor allem ist die große Marx'sche Erkenntnis hineingearbeitet, dass Sachen nur dann „Kapital“ sind, d. h. Profit oder Zins abwerfen, wenn das „gesellschaftliche Kapitalverhältnis“ besteht zwischen denen, die die Produktionsmittel besitzen, und den „freien“ Arbeitern, die von ihnen entblößt sind. Ferner ist hier richtig erkannt, dass das ganze Problem darin besteht, warum der Arbeiter in der kapitalistischen Wirtschaft niemals dazu gelangen kann, sich die Arbeitsmittel selbst zu beschaffen. Dann nämlich wäre er nicht mehr „frei“, und das Kapitalverhältnis wäre gesprengt. Marxens Versuch, diesen Ausgang als unmöglich zu deduzieren, sein berühmtes „Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“⁴ ist logisch unhaltbar, aber die Gesell'sche Deduktion folgt formell richtig aus der Voraussetzung.

d) Das Schrumpfgeld

Und daraus folgt nun wieder logisch das Heilmittel: Es muss ein Geld geschaffen werden, das ebenso der „Verwitterung“ unterliegt wie die Ware. Der Urzins bewegt sich nach Gesells Meinung seit Jahrtausenden um 5 % herum: Das Freigeld muss also so beschaffen sein, dass es automatisch jährlich ebenso viel verliert. Das ist technisch sehr einfach: Die vom Staat ausgegebenen Papiergeldscheine verlieren in jeder Woche ein Promille ihres Nennwertes, im Jahr also 5,2 %. Jeder, der einen solchen Schein verausgabt, hat die noch nicht entwerteten Wochenfelder bis zum Datum der Ausgabe dadurch zu entwerten, dass er Marken darauf klebt, die jenes eine Promille kosten, eine weit verbreitete und bequeme Art, Stempelabgaben, Gebühren und Umsatzsteuer zu entrichten. Der Geldschein von 100 Mark ist also am 1. Juli nur noch M 97,40 und am 25. Dezember nur noch M 94,80 wert. Zum Jahresanfang werden die Scheine ungültig und durch neue ersetzt.

Erst dadurch wird das Geld „in jeder Beziehung“ zur Ware (174). Bisher fand sich nur der Warenverkäufer in der Zwangslage, schnell losschlagen zu müssen, weil seine Ware täglich weniger wert wurde und (an Verwaltungsarbeit) mehr kostete: Jetzt befindet sich der Geldbesitzer in der gleichen Lage. Auch seine Ware verliert täglich an Wert. Die Ungleichheit der Situation ist beseitigt, die „einseitige Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses“, die jedes Monopol kennzeichnet,⁵ besteht nicht mehr. – Und so muss der Monopolgewinn, denn das ist er, wenn Gesell das Verhältnis richtig beurteilt, der Urzins, fortfallen.

Dieses neue Geld soll nun „über Ort und Zeit hinweg ewig denselben Preis erzielen, den es heute hat. Was man in Waren dafür bezahlt hat, das hat jeder für das Geld morgen, in einem oder zehn Jahren zu fordern“ (174). Dafür hat die staatliche Währungsbehörde zu sorgen. Sie stellt auf Grund regelmäßiger statistischer Erhebungen einen „gewogenen“ Index der Preisbewegung auf der Wareseite her. Wenn der Durchschnittspreis sinkt, gibt sie neues Freigeld heraus, macht also das Geld häufiger und daher im Verhältnis zur Ware billiger, und ihr Preis steigt; wenn der Warenpreis steigt, so zieht sie entsprechende Mengen von Geldscheinen zurück, macht also das Geld seltener und daher teurer und drückt auf diese Weise die Warenpreise herab. Die Verminderung des Umlaufs ist durch Vernichtung der für Steuern und Staatsleistungen (Eisenbahn, Post usw.) eingehenden Scheine und im Notfall durch Ausgabe von Staatsschuldscheinen zu vollziehen, wenn die automatische Verminderung der umlaufenden Papiergeldmenge um 5,2 % jährlich allein nicht hinreichen sollte (248).

Wohl durchdacht! Auf diese Weise bleibt die Selbststeuerung der Gesellschaftswirtschaft unberührt. Konjunkturelle (kinetische) Schwankungen im Verhältnis der gegenseitigen Warenpreise werden nicht ausgeglichen, und so wirkt die Konkurrenz durch Veränderung von Angebot und Nachfrage nach wie vor darauf hin, ein Überangebot zu entmutigen, ein Unterangebot zu befeuern und derart das (statische) Gleichgewicht wieder herzustellen. Berührt wird nur das Verhältnis aller Warenpreise insgesamt zum Geldpreise. Von der Geldseite können keine groben Schwankungen mehr verursacht werden.

Einige Fragen seien mir gestattet: Kommt es wirklich darauf an, dass jedermann zu jeder Zeit für die gleiche Geldsumme die gleiche Menge gleicher Waren erwerben kann? *Ist es nicht viel wichtiger, dass jedermann ein immer höheres Geldeinkommen habe, um mehr Waren aller Art erwerben zu können?*

Vor allem aber: Auch die Arbeitsleistung ist ja eine Ware und für die Unternehmer oft die wichtigste von allen. Die Absicht Gesells geht darauf hin, dieser Ware durch Wegfall der Abzüge, die jetzt Grundrente und Zins von ihrem Preise machen dürfen, einen viel höheren Preis zu verschaffen. Diese Ware wird also der Unternehmer nicht für den gleichen Preis

kaufen können, wenn die große Reform durchgesetzt ist. Die Anhänger Gesells mögen versuchen, das Problem zu bewältigen, das sich hier stellt. Es wird nicht leicht sein.

Ich brauche mich nicht darauf einzulassen, weil ich die Prämisse anzugreifen unternehme, aus der die ganze Schlusskette logisch folgt.

Leider ist diese Prämisse irrig. Die Gesellsche Zinstheorie ist eine aus der Zahl jener schon behandelten Lehren, die den Zins als einen Aufschlag für irgendeine Gunst der Natur oder irgendeine „Leistung“ des Sachguts oder seines Besitzers ableitet. Sie alle scheitern an der „privatwirtschaftlichen Unzulänglichkeit“, wie ich es genannt habe, nämlich daran, den beobachteten Besitzer nur in seiner einen Phase, in der Regel als Verkäufer, hier einmal ausnahmsweise als Käufer, zu beobachten. Er muss aber in beiden Phasen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit gleichmäßig betrachtet werden: Er wird ja wieder Verkäufer sein, nachdem er Käufer gewesen ist. Wenn er als Käufer den Urzins aufschlagen durfte, so darf das in der nächsten Phase sein Kontrahent auch, dem er als Verkäufer gegenübertritt – und der Urzins ist per saldo verschwunden. A. kauft von B. Baumwolle und gewinnt als Geldbesitzer den Urzins. Er fabriziert daraus Garn, dessen Preis außer seinen Selbstkosten den Lohn seiner Unternehmerarbeit als Aufschlag erhält. Bisher hat er den Urzins gewonnen, aber jetzt muss er das Garn an einen Geldbesitzer wiederverkaufen, dem er genau den gleichen Urzins abtreten muss, nicht mehr und nicht weniger, genau alles das, was er als Käufer beim Einkauf von Werkzeug, Roh- und Hilfsstoff und Arbeitslöhnen an Urzins verdient hat. Nicht mehr, sonst gibt er das Geschäft auf, nicht weniger, sonst wächst ihm neue Konkurrenz zu, der Preis seiner Ware fällt – und das Ergebnis ist *null!*

Gesell schreibt (338): „Die Ware wird mit Geld gekauft und, mit Urzins belastet, an den Verbraucher wieder gegen Geld verkauft. Und mit dem Verkauf der Ware ist das Geld wieder frei für einen neuen Beutezug.“ Ja, aber: Bezieht nicht der Verbraucher den gleichen Urzins? Diesmal hatte doch er das Geld in der Hand.

Es scheint fast, als verwende Gesell hier den Ausdruck „Verbraucher“ in einem besonders eingegengten Sinne, nämlich als den „letzten Konsumenten“, der die Ware endgültig aus dem Markte nimmt, um sie zu „verzehren“. Wir verstehen und haben es soeben selbst ausgesprochen, dass in einigen Fällen, wo der Geldbesitzer nicht warten will oder kann, der Urzins nicht zustande kommt. Wer Brot braucht, weil er hungrig ist, kann seine Nachfrage nicht lange zurückhalten. Aber das sind seltene Ausnahmen: Wer einen Anzug, ein Auto, einen Radioapparat haben möchte, kann den Schneider, die Fabrik oder den Händler fast beliebig lange zappeln lassen. Auf der anderen Seite sind solche Zwangslagen auch beim Wiederverkäufer häufig. Der Fabrikant, der sein Tuch zu hohem Preise verkauft und Lieferungen auf viele Monate hinaus abgeschlossen hat, hat einen gerade so unbedingten Begehrt nach Wolle, Maschinenöl, Steinkohlen und Arbeitsleistungen wie der Hungrige nach Speise.

Hier stutzt Gesell selbst. Sein Bedenken ist unauffällig in eine Anmerkung abgeschoben worden: „Hiernach müsste der Verbraucher regelmäßig mehr Geld ausgeben, als er als Erzeuger einnimmt. Dieses Mehr, aus dem Urzins bestehend, verschafft sich der Erzeuger dadurch, dass er mehr Ware verfertigt und verkauft, als er kauft. Das Mehr, das so die Erzeuger hervorbringen, wird von den Geldbesitzern für persönlichen Bedarf gekauft, und zwar gerade mit dem Geld, das sie als Zins erheben. Mit den Handelsunkosten, die der Verbraucher bezahlt, verhält es sich ebenso.“

Wie ist diese dunkle Stelle zu verstehen? Soll es etwa das Folgende heißen: Herr N. hat als Käufer von Rohstoff, Hilfsstoff, Lohnarbeit, Handlungsunkosten im Belaufe von sage hunderttausend Mark den Urzins von fünftausend Mark gewonnen. Da er auf das fertige Produkt noch seinen eigenen Unternehmerlohn aufschlägt, der mit dem Urzins nichts zu tun

hat, verkauft er das Ganze für bare 110.000 Mark, verliert also an Urzins 5.500 Mark und per saldo 500 Mark, die er als Verbraucher letzter Konsumgüter, auf die kein Urzins fällt, nicht wieder hereinbringen kann? Darum „verfertigt und verkauft er mehr Waren, als er kauft“?

Auf den Wiederverkäufer kann sich das unmöglich beziehen. Er kann nicht mehr Ware verfertigen und verkaufen, als er kauft. Aus der Baumwolle, den Kohlen und dem Schmieröl, die er kaufte, mit den Arbeitsleistungen, die er kaufte, kann er nicht mehr an Garn erzeugen, als die Baumwolle nach dem Stande der Technik hergibt.

Es muss sich also auf den „letzten Zehrer“ beziehen. Aber auch damit kommen wir nicht weiter. Auch diese Erklärung läuft auf privatwirtschaftliche Unzulänglichkeit hinaus: Man darf nicht nur ein Mitglied der Gesellschaft in den beiden Phasen seiner Tätigkeit, man muss sie alle zugleich in ihrer Verflechtung betrachten. Alle Erzeuger sind auch Verbraucher. Wenn alle Erzeuger weniger ein- als verkaufen, so bleibt Ware übrig. Was geschieht damit?

Die einzige Erklärung, die ich finden kann – ich bitte, gegebenenfalls mein mangelndes Verständnis sachkundig zu belehren – ist die, dass Gesell hier unter dem Begriff „Geldbesitzer“ etwas anderes versteht als den Besitzer von Sachgeld, von dem bisher die Rede war, nämlich den „Kapitalisten“. Gerade der aber kauft in der Regel gar nicht mit Sachgeld. Davon sofort in der Analyse der Gesell'schen Geldtheorie.

Wie immer man die Sache drehe und wende: Der Urzins verschwindet uns unter den Händen.

Also ist die Prämisse falsch, und darum sind die Schlüsse daraus, so richtig sie *formal* sind, material falsch. Der Urzins, wenn er wirklich beim Kauf erhoben wird, verschwindet bei Verkauf; folglich stellt er keinen Riegel auf der Straße des Tauschverkehrs dar, folglich hindert er nicht die Erzeugung von Sachgütern; folglich ist er nicht schuldig an der Existenz des Proletariats und daher nicht an der des Kapitalismus.

Darum kann „Freigeld“ die soziale Frage nicht lösen. Wenn „Freiland“ allein dazu nicht imstande ist, müssen wir uns nach einem anderen ergänzenden Heilmittel umschauchen.

II. Gesells Geldthorie

Gesell beruft sich auf eine große Reihe von Tatsachen, die seine Auffassung zu bestätigen scheinen. Wir haben diese Tatsachen auf andere Weise zu erklären, und das heißt: *auf ihr Gesetz zurückzuführen*. Erst dadurch kann unsere Kritik den Gegner völlig überzeugen – wenn er überhaupt den guten Willen hat, sich durch überlegene Gründe überzeugen zu lassen.

1. Das Geld als Wertmesser

Nach den Lehrbüchern hat das Geld die folgenden Funktionen:

1. als Tauschvermittler,
2. als Wertmesser,
3. als Wertspeicher,
4. als Zahlungsmittel für die Lösung von Schuldverhältnissen.

Wir haben bereits gezeigt, dass das Geld nur juristisch, aber nicht ökonomisch als „Zahlungsmittel“ in Betracht kommt. Ebenso wenig fungiert es als „Wertspeicher“. Wenn jemand Goldstücke hortet oder aufschätzt, so sind sie nicht mehr „Geld“, weil sie nicht mehr zirkulieren. Sie sind Goldplättchen von bestimmtem Gewicht und Feingehalt, deren Prägung völlig gleichgültig ist: Eingeschmolzen hätten sie genau den gleichen Wert und vollzögen die gleiche Funktion (145).

Gesell will aber dem Gelde auch noch die dritte Funktion als Wertmesser absprechen und ihm nur die als Tauschmittel lassen. Wir haben bereits gezeigt, dass es als Tauschvermittler immer

entbehrlicher wird und in Gesellschaften höchster Entwicklung durch den bargeldlosen Zahlungsverkehr – bis auf etwas Scheidemünze – ganz überflüssig sein würde. Dagegen ist, wie wir jetzt zu zeigen unternehmen, seine Funktion als Wertmesser völlig unentbehrlich.

Hier weicht meine Auffassung am entschiedensten von der Gesells ab und wird daher umso sorgfältiger begründet werden müssen.

a) Der Wert

Um herauszufinden, was der Unterbegriff „Geldwert“ ist, müssen wir uns zuerst über den Oberbegriff „Wert“ klar werden. Wir betreten damit das verworrenste Gebiet der Ökonomik, der verworrensten aller Wissenschaften. Alles, was Gesell über die bisherige Wertlehre sagt, ist noch viel zu milde (122ff.). Es ging noch einigermaßen, solange nur von dem objektiven Beschaffungswert die Rede war, aber die Konfusion wurde fast hoffnungslos, seitdem die österreichische Schule den subjektiven, den „Verwendungswert“ zum Ausgangspunkt gewählt hat, der mit dem objektiven Wert genauso viel zu tun hat wie der Vogelbauer mit dem Schwarzwaldbauer, um den alten, gescheiterten Professor Neumann zu zitieren.

Um das schwerste Bedenken meines Gegners sofort auszuschalten: Der richtig verstandene Wert ist in der Tat ein *Preis*, den man „haarscharf messen kann“. Und Gesell ist durchaus im Recht, wenn er fordert, dass „die Erklärung vom Wesen des Preises sowohl auf den Preis wie auf den Wert anwendbar sein muss“ (123). Allerdings ist er nicht der „Spekulationspreis“, der auf der „Schätzung beruht, wie viele Tauschgüter für die eigene Ware vermutlich erhalten werden“; und ebenso wenig der sogenannte laufende Preis oder Marktpreis, der für eine Ware beim Austausch irgendwo und irgendwann erzielt wird: Sondern es ist der „Preis auf die Dauer und im Durchschnitt“, derjenige, den die Klassiker als „natürlichen Preis“ bezeichneten.

Gesell hat vollkommen recht, wenn er schreibt: „Im täglichen Handelsverkehr gibt es nur durch Nachfrage und Angebot bestimmte Preise.“ Aber er vergisst hier zu berücksichtigen, was er natürlich weiß, dass umgekehrt der Preis das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf den späteren Märkten bestimmt. Ich zitiere den größten deutschen Theoretiker, Johann Heinrich von Thünen: „Wer sich mit der Erklärung aus Angebot und Nachfrage befriedigt fühlt ..., vermag nicht den Preis irgendeines Produktes wissenschaftlich zu bestimmen“.⁶ Er begeht „eine Begriffsverwechslung, in welcher das Faktische für eine Erklärung, das, was geschieht, für den Grund der Erscheinung gehalten wird“ (ib. 436).

Dieser Mittelpreis, gegen den die Marktpreise stets gravitieren, genauso, wie die unbelastete Waage so lange schwankt, bis sie auf null zur Ruhe kommt, *das ist der Wert*. Es ist ein Preis, aber ein besonders ausgezeichneter Preis, und seine Bestimmung ist das Problem, das der Ökonomik aufgegeben ist und das sie lösen muss, um aus dem von Gesell mit Recht verspotteten Zustande herauszukommen: „Sie besitzt bis heute noch keine Zinstheorie, keine Lohntheorie, keine Rententheorie und keine Geldtheorie; ... sie vermag bis heute nicht zu den einfachsten tagtäglichen Erscheinungen die wissenschaftliche Erklärung zu geben“ (124/125). Gesell irrt nur, wie sich zeigen wird, insofern, als er glaubt, all das sei ohne Werttheorie zu finden.

Wo liegt denn nun dieser durchschnittliche Preis? Das lässt sich durch die Erfahrung nicht herausfinden. Denn Erfahrung gibt nur Tatsachen, und Tatsachen unterstehen dem Gesetz, *sind* aber nicht selbst das Gesetz. Und gerade dieses Gesetz, das den Kaufmann nicht interessiert, hat die Wissenschaft zu entdecken.

Das Problem lautet folgendermaßen: Erfahrungsgemäß erhält man für x Rohbaumwolle y Eisen oder z Gold oder p Tagelöhnerarbeit oder q Anwaltstätigkeit oder g Mark (Pesos, Pfund

usw.), also für g Mark usw. x Rohrbaumwolle, y Eisen usw. Dass die Preise um diese Mittelpunkte schwanken, je nach Angebot und Nachfrage, interessiert uns hier nicht und wir vernachlässigen es. Wir wollen wissen, warum unter der Voraussetzung, dass sich an den Produktionsverhältnissen nichts ändert, g Geld gerade nur x , aber nicht y oder z Rohbaumwolle kauft.

Um das herauszufinden, müssen wir von der Konkurrenz ausgehen. Sie ist ein Spiel antagonistischer Kräfte, die den Namen „Angebot und Nachfrage“ tragen, beide ein Kampf um den Preis. Wo immer antagonistische Kräfte gegeneinander spielen, tendieren sie dahin, sich in ihr Gleichgewicht einzustellen. Beispiel: die Waage. Eine richtige Waage ist *äquilibriert* (auf gleich gestellt), d. h. stellt sich nach Schwankungen auf Null ein, wenn an beiden Armen gleiche Gewichte aufgehängt sind. Oder: ein Wasserspiegel, den der Wind aufgewühlt hat, der sich aber bei eingetretener Windstille, dank der Erdschwere, allmählich wieder zur vollkommenen Ebene „einschwankt“. Solchen Zustand nennt die Physik die „Statik“ des Prozesses und bezeichnet die nichtinteressanten Schwankungen als „kinetische“.

Wo liegt die Statik der Konkurrenz? Genau ausgedrückt: Wo liegt das allgemeine Preisverhältnis, dasjenige, wo alle Preise genau auf den Mittelpreisen, den Werten stehen? Es ist gleichgültig, ob es jemals in Wirklichkeit erreicht werden kann, es muss nur *berechnet* werden können. Auch der Ozean liegt niemals ganz ruhig und dennoch können wir die Normal-Null zwischen Ebbe und Flut auf den Millimeter genau feststellen.

Adam Smith gab die Antwort in Umrissen, Thünen aber mit vollkommener Genauigkeit: „Wenn durch den Preis der Waren die Arbeit von gleicher Qualität in allen Gewerben gleich hoch gelohnt wird, so findet das Gleichgewicht statt“ (a. a. O. 529). Auf diesen Zustand hin tendiert also die Konkurrenz wie der Ozean auf die Kugelfläche.

Weder Smith noch Thünen noch einer seiner Nachfolger haben gesehen, dass sich von dieser nie bestrittenen und nie bestreitbaren Erkenntnis aus der Wert, der „statische Preis“, jeder Ware und jeder unproduktiven Leistung (Dienst z. B. eines Lehrers oder Tagelöhners) exakt berechnen lässt. Ich habe diese Deduktion zuerst gemacht. Sie ist unendlich einfach und ebenso unbestreitbar – aber das Einfachste wird immer am spätesten entdeckt. Es ging auch hier so wie mit Edgar Allan Poes „gestohlenem Brief“.

Die Thünensche Formel sagt uns, dass das *Einkommen* aller gleich qualifizierten Kräfte in allen Erwerbszweigen gleich groß ist, wenn der Gleichgewichtszustand erreicht ist. Nun setzt sich das Einkommen jedes Einzelnen zusammen aus den Gewinnen, die er an jedem Stück seines Produkts (Güter oder Dienste) macht, und natürlich ist der Einzelgewinn umso kleiner, je mehr Produkte er verkauft. In der Statik verkauft er sie alle, das liegt im Begriffe, und alle zum gleichen Preise mit dem gleichen Gewinn. Mithin ist jedes Einkommen im Jahre gleich der Ziffer (n) der von jedem hergestellten und verkauften Produkte, multipliziert mit dem Einzelgewinn (g). Das Gesamtergebnis, nennen wir es E , ist eine Konstante, ist immer das Gleiche, ob er viel oder wenig Produkte, ein Seeschiff oder hundert Millionen Nähadeln verkauft. Im ersten Falle ist g gleich 1, im zweiten gleich $1 : 100.000.000$.

Damit haben wir den ersten Bestandteil jedes Preises errechnet, den Gewinn. Er ist E/n . Sein zweiter Bestandteil sind die baren Selbstkosten (s) des Produzenten je Stück. Der statische Preis oder Wert ist also E/n plus s . Er ist so „haarscharf“ festzustellen, wie niemals die Schätzung des begabtesten Kaufmanns es fertigbringen kann.

Da der Gewinn, wo kein Monopol einspielt, nichts anderes ist als der Lohn für die von den Produzenten geleistete „zusätzliche“ Arbeit, so hat mithin jedes Exemplar genau den Wert dieser Arbeit zuzüglich der Selbstkosten je Exemplar. Und da die Selbstkosten nichts anderes sind als die statischen Preise für die eingekauften Güter und Leistungen, *so ist der*

Gesamtwert jedes Exemplars genau gleich dem Wert der insgesamt darauf verwendeten Arbeit. Denn der Naturstoff an sich hat keinen Wert, wenn er nicht etwa monopolisiert ist.

All das gilt nur unter der von Thünen gemachten Voraussetzung, dass es sich um Produzenten von gleicher Qualifikation handelt und dass, was er nicht hinzufügt, weil es selbstverständlich ist, die Konkurrenz frei spielen kann.

Was das Erste anlangt, so konnte ich zeigen, was hier übergangen werden darf, dass die Verschiedenheit der Qualifikation nur den Wert der Arbeit, aber nicht den der Güter berührt. Gesells richtige Forderung, dass jeder nach seiner Leistung entlohnt werde, ist also erfüllt. (Wer sich dafür näher interessiert, mag meine kleine Schrift: Wert und Kapitalprofit, 2. Aufl., einsehen.)

Wo aber die Konkurrenz nicht frei spielen kann, da ändert sich das Bild. *Da sind die Gewinne ungleich.* Wir vergleichen das Spiel der Konkurrenz einer Waage. Wo sie frei ist, sind gleichsam die Waagearme gleich lang und gleich schwer und gleiche Gewichte (*äquivalente Werte*) *äquilibrieren* sich. Wo die Konkurrenz unfrei ist, wiegt man auf einer unrichtigen Waage und ungleiche Gewichte (nicht äquivalente Werte) *äquilibrieren* sich. Und sowenig der beste Physiker von einer unrichtigen Waage ohne weiteres voraussagen kann, bei welchem relativen Gewicht sich das Zünglein auf null einstellen wird, sowenig kann man ohne weiteres sagen, bei welchem statischen Preisverhältnis der Austausch zweier Waren erfolgen wird, wo ein Monopol einspielt. Nur das eine kann man sagen, dass derjenige der Tauschenden, der in der Konkurrenz begünstigt ist, mehr an Arbeitswert erhalten wird als sein Kontrahent: den „Mehrwert“, genauso wie der Physiker voraussagen kann, dass der am längeren Hebelarm aufgehängte Gegenstand mehr an wirklichem Gewicht ziehen wird, als er selbst besitzt. Darauf beruht ja das Prinzip der Dezimal- und Zentesimalwaage: Hier ist die relative Länge der Hebelarme entsprechend bemessen.

Eine solche Vergünstigung im Konkurrenzkampf heißt ökonomisch ein *Monopol*. Es ist seinem Begriffe nach der Gegensatz zur *freien* Konkurrenz. Die beiden Begriffe schließen einander aus wie Tod und Leben, wie Segen und Fluch, sie sind „disjunktiv“. Frei ist die Konkurrenz nur, wo kein Monopol besteht, und umgekehrt bedeutet ein Monopol, dass die Konkurrenz nicht frei ist.

Es gibt also, und das bitte ich festzuhalten, zwei Arten des statischen Preises im Gleichgewicht der Produktion: den statischen Konkurrenzpreis und den statischen Monopolpreis.

b) Der Geldwert

Geld

Wir haben uns zunächst klarzumachen, was Gesell unter dem Begriff „Geld“ versteht und was wir demnach darunter zu verstehen haben.

Wir haben zu unterscheiden:

I. Rechengeld (abstrakte Werteinheit),

II. Sachgeld,

a) Metallgeld,

1. vollwertiges Edelmetallgeld,

2. unterwertiges Metallgeld,

aa) verschlissenes und staatlich verfälschtes Geld,

- bb) Scheidemünze,
- b) Zettelgeld,
 - 1. gedeckte Banknoten,
 - 2. ungedecktes Papiergeld.

Ich unterscheide als zweite Hauptgruppe vom Sachgeld das „Kreditgeld“: Wechsel, Schecks, Giro Guthaben.

Gesell versteht unter „Geld“ nur das Sachgeld, „Geld, das wir greifen und zählen können“ (176). Vom Rechengelde spricht er nicht und das Kreditgeld schließt er ausdrücklich aus. „Die Krediturkunden, obschon sie auf Geld lauten, machen das Geld überflüssig“ (171). „Auch die Waren, die gegen Wechsel ausgetauscht werden, sparen den Geldzins ... diese Waren sind für die Nachfrage nach Geld verloren“ (332/333). „Es ist Unsinn, zu sagen, das Geld würde auch im Sparkassenbuch den Umlauf mitmachen“ (272). Sein ganzer Vorschlag geht ja auch dahin, das jetzt umlaufende Sachgeld durch sein Freigeld zu ersetzen.

Alles Geld, auch das Kreditgeld, lautet auf *Rechengeld*, auf abstrakte Werteinheiten. Wo es in der Wirtschaft als Tauschmittel und nicht im Rechtsleben als Zahlungsmittel gebraucht wird, dient das Sachgeld als *Wertmaßstab* des Verkehrs. An ihm wird gemessen, welchen Preis, in der Statik also: welchen Wert jede Ware hat. Alle Waren werden dadurch auf einen und den gleichen Generalnenner gebracht, und das bedeutet, dass alle Waren mit gleichem Zähler gegeneinander vertauschbar sind, den gleichen Preis bzw. Wert haben. So dient das Geld als *Wertmesser*, und diese einzige Funktion ist nun in der Tat unentbehrlich für den Tauschverkehr. Ja, das Sachgeld könnte bei einigermaßen vorgeschrittener Arbeitsteilung gar nicht Tauschmittel sein, *wenn es nicht zugleich Wertmaßstab wäre*. Und selbst in der vollendet gedachten bargeldlosen Wirtschaft wird ihm diese Funktion erhalten bleiben, nachdem die als Tauschmittel längst verlorengegangen ist.

Das ist jetzt genauer zu betrachten.

Maß und Maßstab

Wir haben sorgfältig – das geschieht selten – zwischen dem Maß und dem Maßstab zu unterscheiden, um klar zu verstehen, warum das Geld „Wertmesser“ ist, entgegen der Ansicht von Gesell, dass „der Ausdruck, dem man noch manchmal in rückständigen volkswirtschaftlichen Schriften über das Geld begegnet, irreführend ist“ (11).

Was heißt das „messen“? Alle Messung ist die Lösung der gleichen Aufgabe, eine abstrakte Größe als das Vielfache (oder einen bestimmten Teil) einer Einheit der gleichen Dimension zu bestimmen. Das *Maß* ist immer durch Konvention gesellschaftlich bestimmt, entweder durch das Herkommen, wie Fuß, Metze, Pfund, Morgen, Land, oder durch Gesetz, wie Meter, Liter, Kilo, Hektar. Die abstrakte Einheit für die Messung abstrakter Längen muss eine Länge sein, für die des Gewichts ein Gewicht sein: gleiche Dimension.

Diese abstrakten Größen werden auf ein geeignetes Material übertragen. Die Länge auf einen Stab, das Gewicht auf ein Metallstück usw. Das ist der Maßstab, der nun im Verkehr dazu gebraucht wird, die Dinge so genau zu messen, wie es dem Bedürfnis des Verkehrs genügt, der sich mit relativ plumpen Mitteln begnügen kann. Es ist ja gleichgültig, ob jemand statt 3,5 Meter Stoff oder 200 kg Weizen 3,51 m oder 199,9 kg erhält.

Ein Beispiel: Die Schienenstraße Berlin-München ist ein konkretes Ding. Ihre Länge soll festgestellt werden. Das ist ein abstrakter Begriff, denn Länge ist mit keinem Sinne

wahrnehmbar. Messen ist, eine Gleichung aufstellen, auf deren beiden Seiten nur abstrakte Größen gleicher Dimension stehen (S. S. III S. 868).

Genau die gleiche Aufgabe ist dem Gelde gestellt. Es ist jedes Mal festzustellen, wie oft die abstrakte Wertgröße der „Rechengeldeinheit“, z. B. Mark oder Peso, im Werte einer beliebigen Ware enthalten ist. Das *Maß* ist die Recheneinheit, der *Maßstab* ist das Geld, das uns hier nur als Sachgeld interessiert.

Das hat Gesell nicht verstanden. Er polemisiert gegen Marx, der gesagt hat: „Man abstrahiere von den Arbeitsprodukten alle körperlichen Eigenschaften, dann bleibt nur noch eine Eigenschaft, nämlich der Wert.“ Gesell macht sich darüber lustig: „Was ist eine Eigenschaft, getrennt von der Materie? Etwas begreifen heißt: sich irgendwo am Stofflichen festhalten (Begreifen gleich Greifen) ... Die Abstraktion Marx' ist in keinem Schmelztiegel darstellbar“ (122). Aber es gibt viele Abstrakta, die man zwar nicht „greifen“, wohl aber begreifen muss. Das Recht z. B. ist doch wohl etwas anderes als das Gesetzbuch, und doch kann man daran scheitern, wie an einem sehr konkreten Felsenriff, obgleich es sich auch in keinem Schmelztiegel darstellen lässt.

Wenn ich von einem Meterstab alle körperlichen Dinge abstrahiere: das Material, die Farbe, die Form usw., bleibt immer noch ein „gespenstisches Etwas“ übrig, nämlich seine Länge. Es ist gleichgültig, ob der Meterstab aus Holz, Zellulose, Metall, ob er weiß, rot, gelb, braun ist, im Querschnitt rund, quadratisch oder rechteckig, starr oder biegsam ist, einen Handgriff hat oder nicht: Er muss nur die gesetzliche Länge haben, und die ist ein abstraktes Ding. Genauso bleibt von der Ware, wenn man von allen ihren körperlichen Eigenschaften abstrahiert, ebenfalls noch etwas übrig: ihr *Wert*. Nicht hierin hat Marx geirrt, sondern darin, dass er die Waren ausschließlich betrachtete als Erzeugnis der gesellschaftlichen *Arbeit* und nicht auch als Gegenstand des gesellschaftlichen *Rechtes*, d. h. als Eigentum eines Menschen. Was sein System verdirbt, ist nicht die richtige (wenn auch unvollkommene, weil nicht deduzierte, sondern intuitiv „gegriffene“) Lehre, dass jede Ware bei freier Konkurrenz den statischen Konkurrenzpreis der darin verkörperten gesellschaftlichen Arbeit hat, sondern dass er vergaß, das Monopol und den statischen Monopolpreis in Rechnung zu setzen.

Wie muss nun der Wertmaßstab beschaffen sein? Er muss erstens gleicher Dimension sein wie die Ware, also ebenfalls Produkt der gesellschaftlichen Arbeit, und muss zweitens wie sie unter der Rechtsordnung stehen. Lassen wir zunächst das Monopol außer Acht, um es später umso genauer zu untersuchen, so ist das Erste ausreichend. Das *Maß* ist wie alle anderen Maße konventionell, durch Herkommen oder Gesetz bestimmt: So und so viel Zeit gesellschaftlich notwendiger Arbeit (andere gibt es im Gedankenbilde der Statik nicht) ist das Maß, und der *Maßstab*, auf dem es „aufgetragen“ ist, ist das Geld: Kauri, Pelze, Silber oder Gold. Ein Geldstück oder Geldschein lautet auf so und so viele Rechengeldeinheiten, genauso wie der Meterstab auf 100 Zentimeter „lautet“, und gilt im Verkehr wie das Meter als Vertreter der abstrakten Einheit.

Der am besten zum Maßstab geeignete Stoff, der sich bisher gefunden hat, ist das Gold. Solange sich kein besserer findet, ist es *unentbehrlich*. Kein Stoff kann es ersetzen, in dem nicht gesellschaftliche Arbeit verkörpert ist, so wenig wie man die Strecke Berlin-München anders als nach Kilometern messen kann.

Gold ist also als Wertmesser unentbehrlich. Damit ist aber nicht gesagt, dass es auch als Tauschmittel unentbehrlich ist. Es braucht in den Tauschverkehr selbst nicht als Geld einzutreten. Aber auch die vollendet bargeldlose Wirtschaft braucht den Maßstab, und wenn er auch nur in einem einzigen Exemplar vorhanden wäre, gleich dem einzigen wirklichen Meterstab in Paris. Man kann ja auch für die Messung der Strecke Berlin-München mit einem einzigen Zweimetermaßstab auskommen, um die Grundlinie auf das Genaueste auszumessen.

Alles andere macht dann die exakte Winkelbestimmung und Seitenberechnung der Trigonometrie.

Was also ist der statische Preis des Goldes? Genau der gleiche wie der jeder anderen Ware! Überall setzt sich der Preis zusammen aus dem für alle gleichen Reineinkommen E dividiert durch die Zahl n der erzeugten und verkauften Einheiten, zuzüglich der Kosten des „Grenzproduzenten“, d. h. desjenigen Produzenten, dessen Produkt der Markt noch braucht und bezahlt, der aber unter den ungünstigsten Umständen der Ergiebigkeit seiner Mine wirtschaftet. (Von der Verschiedenheit der Transportkosten kann bei einer Ware vom hohen Wert des Goldes abgesehen werden.) Dieser Preis (E/n plus s) ist der statische Preis, den alle Konsumenten zu bezahlen haben, auch an die günstiger gestellten Produzenten. Der Vorteil, den diese dabei haben, ist „Differentialrente“.

Nun scheint Gesell allerdings andeuten zu wollen, das Gold habe überhaupt keinen Produktionswert: „Das Gold wird nicht hergestellt, sondern gefunden“ (174). „Das einzige Mittel, um Gold für Geldzwecke zu beschaffen, besteht im ‘Finden’“ (217). Wenn das wörtlich gemeint ist, was wir nicht hoffen wollen, so ist es grundfalsch. Gold wird genauso „hergestellt“ wie Eisen, Kupfer, Holz oder Heringe. Oder umgekehrt. Eisen, Kupfer, Holz und Heringe werden genauso „gefunden“ wie Gold. Der Unterschied ihres Wertes beruht auf nichts anderem als auf dem Unterschied des Arbeitsaufwandes bzw. der Arbeitszeit, die durchschnittlich erforderlich ist, um die Gewichtseinheit herzustellen. Weil Gold seltener ist als Heringe, kostet es viel mehr Zeit, einen Zentner Gold herzustellen als einen Zentner Heringe, und darum tauscht sich in der Statik ein Zentner Heringe gegen sagen wir 10 g Gold.

Der statische Preis oder Wert des Goldes ist also exakt bestimmt durch die Kosten, d. h. durchschnittlichen Gewinn und Selbstkosten des Grenzminenbesitzers. Ungünstigere Fundstellen, die den normalen Gewinn nicht mehr ergeben, müssen verlassen werden, günstigere erhalten Differentialrente.

Nun besteht allerdings ein Unterschied der Goldware gegenüber allen anderen Waren. Diese werden in der Statik in genau dem gleichen Maße wie hergestellt so auch konsumiert, verschwinden also aus dem Markte. Gold aber, einmal als Geld gemünzt, ist dazu bestimmt, im Markte zu bleiben, zu zirkulieren, und verschwindet nur in relativ geringem Maße wieder als Rohstoff für Zahnärzte, Goldarbeiter, Fotografen usw. Infolgedessen machen sich Änderungen in den Grenzproduktionskosten hier viel langsamer in Veränderungen des laufenden Preises geltend als bei allen anderen Waren. Deren Markt gleicht einem Flussbett: Starke Zuflüsse erhöhen den Pegelstand sehr schnell, starke Verminderung der Zuflüsse bei starker Dürre erniedrigen ihn ebenso schnell und bedeutend. Der Markt des Goldes aber ist einem großen See zu vergleichen, dem Reservoir des „von den Vorfahren ererbten Vorrats“ (174). Hier ändert sich der Pegelstand nur in relativ geringem Maße, wenn die Zuflussgeschwindigkeit sich ändert, d. h. wenn die Produktionskosten steigen oder fallen. Und darum ändert sich der laufende Preis des Goldes nur sehr langsam.

Das hat eine gute Folge für die Praxis und eine schlimme Folge für die Theorie. Die schlimme ist, dass man in der Wissenschaft noch niemals streng zwischen dem laufenden (kinetischen) und dem statischen Preise des Goldes unterschieden hat. Man nennt beide seinen „Wert“ und betrachtet sie als identisch. Das hat die meisten Krisentheorien, auch die Gesells, wie wir sehen werden, verdorben.

Die gute Folge ist, dass das Gold für seine wirtschaftliche Aufgabe als Tauschmittel und Wertmesser als *völlig wertbeständig* betrachtet werden darf. Ich weiß, dass ich damit die ungeheuerlichste aller Ketzereien ausspreche, aber daran ist nichts zu ändern.

Fast alle Täusche vollziehen sich nämlich in so kurzen Fristen, dass die geringsten Veränderungen des *Goldpreises*, die sich infolge von Veränderungen des *Goldwertes*

inzwischen vollzogen haben mögen, praktisch gar nichts bedeuten. So wenig es den Verkehr zwischen dem Tuchhändler, dem Schneider und dem Kunden stören würde, wenn das Meter unvermerkt um ein Zehntelmillimeter länger oder kürzer geworden wäre, so wenig stört es den Tauschverkehr, wenn das Gold um ein Zehntausendstel oder sogar ein Hundertstel billiger oder teurer geworden wäre. Das bleibt innerhalb der hier erlaubten Fehlergrenze. Die große Masse aller Tausche geschieht nach wie vor durch Handwechsel, beansprucht also überhaupt keine anzurechnende Zeit, und die Tausche durch Kreditgeld werden entweder durch Schecks erledigt, die gleichfalls ohne anzurechnenden Zeitverlust eingelöst werden, oder durch Giroüberweisungen, die nur wenige Tage in Anspruch nehmen, oder schließlich durch Wechsel mit zumeist kurzer Laufzeit; der Typus ist der Dreimonatswechsel – es kommen vielfach auch kürzere vor –, der Neun- oder Zwölfmonatswechsel, wohl das Maximum, erscheint fast nur im Überseehandel mit sehr entlegenen Kolonien. Aber selbst in einem Jahre ändert sich der Goldpreis nicht stark genug, um spürbare Unbequemlichkeiten zu machen. Von der *Goldseite* her kann es niemals zu katastrophalen Erscheinungen der Wirtschaft kommen. Gold als Tauschmittel ist für die Praxis als vollkommen wertbeständig anzusehen.

Freilich: Wenn der Staat das Gold demonetisierte, wie er oft genug mit dem Silber getan hat (145), so würde sein Preis lange Zeit tief unter seinem *Werte* stehen (144), geradeso, als wenn die Zahnärzte ein besseres Plombierungsmittel fänden und aller Goldschmuck in Verachtung fiele, wie in Morus' Utopia, wo nur die Verbrecher Gold tragen – müssen. Ebenso wenn jemand die Erfindung machte, aus unedlem Metall billig Gold herzustellen. Dann würden viele Fundstätten als unrentabel aufgegeben werden müssen, bis der geringere Produktionswert der jetzigen Grenzmine wieder gleich dem Marktpreis wäre: genau wie bei jeder anderen Ware, die plötzlich ganz oder zum großen Teil außer Gebrauch kommt.

Anders steht es mit dem Gold als *Zahlungsmittel* für die Lösung rechtlicher Verbindlichkeiten. Bei langfristigen Anleihen, etwa Hypotheken mit zehnjähriger Lauffrist oder gar unkündbaren Amortisationshypotheken und dergleichen kann der Gläubiger geschädigt werden, wenn Produktionswert und Preis des Goldes inzwischen sanken, und der Schuldner, wenn sie inzwischen stiegen. Aber das sind Dinge, die nur privatwirtschaftlich, aber nicht volkswirtschaftlich von Bedeutung sind, individuelles Schicksal, nicht anders zu beurteilen als irgendein anderer glücklicher oder unglücklicher Zufall, etwa eine schwere Krankheit oder eine unvermutete Erbschaft. Um solche, übrigens recht seltene Fälle zu verhüten, wird niemand, auch gewiss Gesell selbst nicht, gewillt sein, die Geldverfassung einer großen Gesellschaft umzuwälzen, was nicht ohne viel mehr und viel schwerere Ungerechtigkeit geschehen könnte. Übrigens könnte sich ja der Gläubiger in solchen Fällen vertragsmäßig die Rückzahlung in einer Summe ausbedingen, die eine bestimmte Menge bestimmter Güter kaufen könnte: Gesells Indexgeld.

Nicht um dieser Bagatellen wegen will Gesell ein Geld einführen, das an Kaufkraft immer gleich ist. Er beabsichtigt vielmehr, dadurch eines der schwersten Symptome der Sozialkrankheit zum Verschwinden zu bringen: die „Krisen“. Hier sinken plötzlich alle Waren im Goldpreise, und die Folge ist, dass der bargeldlose Tauschverkehr, der sich bisher ohne Reibung abwickelte, mit einem „Krach“ auseinanderbirgt. Dieser Verkehr beruht nämlich auf der Voraussetzung, dass jede Ware auf jeder späteren Station ihrer „Reise durch den Markt“ wertvoller wird, da immer neue Selbstkosten und Gewinne für den Transport und den Transporteur, für die Fertigfabrikation und den Fabrikanten aufgeschlagen werden müssen. Unter dieser Voraussetzung kann der Schneider dem Tuchhändler, diesem dem Fabrikanten, dieser dem Wollhändler, dieser seiner Bank und diese schließlich dem Wollproduzenten in Australien den Wechsel bezahlen, und jeder behält dennoch genug übrig, um als Konsument im gewohnten Behagen zu leben und durch seine Ausgaben als Verbraucher seine Lieferanten zu unterhalten. Wenn aber der Goldpreis der Ware stark fällt,

dann zerbricht ein Ring dieser Kette, weil einer der Beteiligten zahlungsunfähig wird, und diese „orphische Kette“ schlägt rückwärts die anderen wirtschaftlich tot (184).

Hier ist der *Goldpreis*, ausgedrückt in Waren, plötzlich stark gestiegen, obgleich der *Goldwert*, ausgedrückt in gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit, sich nicht verändert hat. Der ganze Prozess geht aus von der *Ware*seite. Es hat eine allgemeine Überproduktion stattgefunden, nicht im Verhältnis zur Goldproduktion, sondern im Verhältnis zur Kaufkraft der Bevölkerung. Wir werden den Mechanismus im Abschnitt über Gesells Krisenlehre darstellen. Hier wollen wir uns bei der Analyse seiner Geldlehre nicht aufhalten lassen. Wir halten vorläufig nur fest, dass die Krise unmöglich von einer Werterhöhung des Goldes, von einem plötzlichen Steigen seines statischen Preises herrühren kann.

Unsere Analyse erlaubt uns nun, den Goldwert jeder Ware in der Statik so „haarscharf“ festzustellen, wie Gesell es irgend verlangen kann. Nimm an, der Besitzer der Grenzmine fördere jährlich fünf Kilo Reingold, auf die er für Arbeitslohn und Werkgüter drei Kilo Kosten hat. Dann haben, wo kein Monopol einspielt, alle Produzenten gleicher Qualifikation das gleiche Reineinkommen von zwei Kilo Gold, das je nach der Währungsverfassung als 5.600 Mark oder 6.200 Goldfranken oder 280 Goldpfund usw. bezeichnet wird. Jedes Kilo Gold repräsentiert also den halben Jahreswert einer normalen Arbeitskraft, sage tausend Arbeitsstunden. Dann ist jedes Gramm Gold gleich einer Arbeitsstunde. Das ist das Urmaß, das auf das Goldstück, den Maßstab, in der vom Gesetz bestimmten Zahl aufgetragen wird wie die Aufteilung auf den Meterstab. In der Statik tauschen sich nun alle Waren (Güter wie Dienste) genau nach ihrem Arbeitswert, gemessen an dem Goldmeter, und in der Kinetik schwanken alle Preise um diesen ihren Mittelwert.

All das aber gilt nur unter der Voraussetzung der freien Konkurrenz. Sobald ein *Monopol* einspielt, ändert sich auch hier sehr vieles.

Der „liebe Klassenstaat“ hat sich das ausschließliche Recht der Ausgabe allen Sachgeldes vorbehalten (135, 144). Wenn er aus diesem Regal ein Monopol machen, d. h. es missbrauchen will, wie Gesell die Situation beim Monopol treffend schildert (129/130), kann ihn niemand daran hindern. Und er kann das Recht in der Tat so lange missbrauchen, wie die gesellschaftliche Arbeitsteilung in der vollendeten bargeldlosen Wirtschaft noch nicht ihre volle Höhe erreicht hat. So lange nämlich ist das Geld wirklich auch als Tauschmittel, nicht nur bloß als Wertmesser unentbehrlich, und der Staat kann als Monopolist jeden ihm beliebigen „Mehrwert“ erpressen, indem er minderwertiges oder sogar gänzlich wertloses Geld ausgibt, in dem weniger als die behauptete Menge gesellschaftlicher Arbeit verkörpert ist. Er lässt beispielsweise Goldstücke prägen, die auf ein Fünfzigstelpfund Gold lauten, aber nur ein Hunderstel wiegen. Oder er gibt uneinlösliches Papiergeld aus, das an sich keinen Wert hat, weil es keine Arbeit verkörpert, die unter freier Konkurrenz gesellschaftlich notwendig wäre. *Der Staat fälscht Maß und Maßstab des Wertes*. Gesell drückt sich über diese Praxis sehr unmissverständlich aus (147ff., 199). Der Staat gibt einem Nicht-Gut Wert; wenn er nur so viel ausgibt, wie der Verkehr bei der alten Preisrelation brauchte, kann er das Papier auf seinem Goldwert halten. Es dient dann gerade so als Maßstab wie das Goldstück selbst. Es hat dann dessen Wert wirklich, aber nicht als statischen Konkurrenzpreis, sondern als statischen Monopolpreis.

Das ist das ganze Geheimnis, „warum man aus Papier Geld machen kann“, wie eines der interessantesten Kapitel des Gesell'schen Buches überschrieben ist. Das Versprechen der Einlösung ist in der Tat völlig überflüssig: Goldzertifikate tun keinen besseren Dienst als vernünftig manipuliertes, uneinlösliches Papiergeld. Es ist „an sich“ so wertlos wie Wasser an der Quelle: Aber dieses freie Gut kann auf einen Wucherpreis getrieben werden, wenn ein bewaffneter Stamm den Wasserzoll erpresst. Die Fahrt auf einem Strom ist „an sich“ ein freies Gut: Aber der Staat kann den Stromzoll erpressen, wenn er den Wasserweg sperrt, und

hat es oft genug getan. Genauso kann er auch den Goldzoll erpressen, wenn er die „kürzeste Straße des Tauschverkehrs“, die Zahlung in Gold, sperrt. Die richtige, vollständige Werttheorie braucht vor diesen Erscheinungen die Waffen nicht zu strecken. Der Wert ist das Maß der Hindernisse, die der Erlangung eines Gutes entgegenstehen. Sind es nur natürliche, dann ist es der Konkurrenzwert, sind es aber künstliche, rechtliche, so ist es der Monopolwert.

Solange der Staat nur gerade so viel Papiergeld ausgibt, wie der Verkehr braucht, ist das Verfahren verhältnismäßig harmlos. Er bereichert nur sich, weil er sein Gold verkaufen kann, aber schädigt niemanden. Denn so lange zirkuliert das Papier wirklich wie Gold und an seiner statt. Jeder nimmt es und gibt es weiter, das Wertverhältnis der Waren zueinander und zum Golde wird nicht berührt. Insofern hat der „*Nominalismus*“ recht, der behauptet, Geld brauche gar keinen „inneren Stoffwert“ zu haben. Wenn der Staat weniger Papiergeld herausgibt, als der Verkehr dringend braucht, so kann er das minderwertige Metallgeld sogar auf einen höheren Preis treiben, als dem Metallgehalt bzw. dem Aufdruck entspricht: So konnte der österreichische Silbergulden fast den doppelten Preis seines Silbergehaltes erreichen.

Wenn der Staat aber mehr Papiergeld ausgibt, als der Verkehr braucht, dann verschuldet er eine – *Inflation*. Alle Warenpreise steigen mit der Papiermenge, gerade wie die nominale Menge des für einen Anzug erforderlichen Kleiderstoffs auf das Doppelte steigen würde, wenn ein verrückter Staatslenker beföhle, künftig solle das halbe Meter „Meter“ heißen.

Dann aber zeigt sich, dass die Funktion des Goldes als Wertmesser unentbehrlich ist. Dann hat umgekehrt der „Metallismus“ recht, der darauf besteht, das Geld müsse und solle nur diejenige Wertziffer tragen, die seinem inneren Stoffwert bzw. dem seiner Goldunterlage entspricht. Denn unter diesen Umständen verfällt die Gesellschaftswirtschaft in eine Anarchie, der gleich, die entstehen würde, wenn es keinen Maßstab für Länge, Flächen, Schwere, Raumgehalt, elektrische Kraft usw. mehr gäbe oder wenn sie alle unbrauchbar würden, weil das gesetzliche Maß des Meters, des Kilos, des Hektars, des Kilowatt usw. sich fortwährend und in nicht vorher zu berechnender Weise verminderte. Dann ist gute Zeit für die Schlauköpfe und Schieber und schlechte Zeit für die Langsamen, Gutgläubigen, Ehrlichen.

Es geht noch einigermaßen, solange man sich noch irgendwo an einem ehrlich gebliebenen Maßstabe des Goldes orientieren kann. Als die Reichsmark verfiel, hielt man sich an den Dollar; seit der Dollar ins Gleiten gekommen ist, an den Schweizer Franken und den holländischen Gulden und die wieder wertbeständig gewordene und bisher gehaltene Reichsmark. Auf diese Weise konnte der zusammengebrochene Welthandelsverkehr sehr notdürftig am Leben erhalten werden: Aber die Krise unserer Zeit, die nicht weichen will, wurzelt außer in der irrsinnigen Außenpolitik vor allem in der noch irrsinnigeren Währungspolitik des „lieben Klassenstaates“. Das Vertrauen fehlt, jedermann schaut ängstlich um sich, ob nicht ein leises Knacken im Gerüst einen neuen Erdbeben des Goldwertes anzeigt. Und die Devisensperre, den „goldehrlichen“ Staaten durch die unehrlichen aufgezwungen, tut den Rest.

Wenn der Nominalismus sich einmal in der ganzen Welt durchsetzen würde; wenn nirgend mehr ein bekanntes Maß des Goldwertes durch ein vollwertiges Goldstück als seinen Maßstab zu finden wäre, bräche das Chaos unvermeidlich herein. Denn die beiden Bedingungen des praktischen Nominalismus werden nie gegeben sein, solange der kapitalistische Klassenstaat besteht. Niemals wird er sich abhalten lassen, in einer Zwangslage der herrschenden Klasse mehr Geldpapier auszugeben, als der Verkehr braucht. Und gerade ein ehrlich manipuliertes Indexgeld, Freigeld oder nicht, würde in der ersten Krise zur Inflation führen, da es ja die Aufgabe hat, den Sturz der Warenpreise durch Ausgabe von mehr Papier zu parieren. Davon mehr in der Lehre von den Krisen.

2. Geld und „Geld“

Wir haben gezeigt und erwarten hier keine Widerspruch, dass Gesell immer nur das **Sachgeld** im Auge hat, „das man greifen und zählen kann“. Aber er hat diese klare und scharfe Begriffsbestimmung leider nicht festgehalten. Er nennt immer wiederholt auch solche Dinge „Geld“, die durchaus nicht Sachgeld sind. Unvermerkt erscheint ihm auch das „Geldwerte“ als Geld: Vermögen und Kapital. Vermögen aber ist nicht Kapital und beide sind nicht Sachgeld, sondern nur Geldeswert.

Oberster Begriff ist „Eigentum“. Er zerfällt in die Begriffe: Gebrauchseigentum (wie Mobiliar, Sammlungen, Lustjachten, Villen) und Vermögen. Jenes wirft kein Einkommen ab, sondern veranlasst Kosten der Verwaltung, dieses ist ein Eigentum, das Einkommen abwirft.

Wir wollen hier vom „Arbeitsvermögen“ absehen, das dort Einkommen abwirft, wo der Arbeitende nicht als Sklave oder Leibeigener zum Eigentum seines Herrn gehört. Wenn wir im Folgenden von „Vermögen“ sprechen, so meinen wir das „rentierende Sacheigentum“ und insbesondere das mobile Sacheigentum, das sogenannte „Kapital“. Die zweite Unterklasse, das rentierende Grundeigentum, interessiert uns hier weniger (S. S. III S. 412 ff.).

Geld, Sachgeld, ist niemals rentierendes Vermögen, also auch niemals Kapital, denn es bringt als solches dem Besitzer niemals Einkommen, auch nicht den Urzins, wie wir zeigten. Der Goldschatz im Juliesturm, auf den Gesell öfter hinweist, war Gebrauchseigentum des Deutschen Reiches für kommende Kriegszwecke, aber kein Vermögen, weil es keinen Zins brachte.

Nun besteht bekanntlich das Eigentum verhältnismäßig aus umso weniger Geld (darunter verstehen wir im Folgenden, wie Gesell in seiner offiziellen Lehre, immer Sachgeld), je reicher der Einzelne ist, je „mehr Geld er hat“, wie der Volksmund sagt. Relativ am meisten Geld hat der Arbeiter, der alles bar bezahlt. Rockefeller mit seinem Milliardenvermögen braucht überhaupt kein Geld: Sein Scheck wird überall freudig angenommen. Selbst im Auslande zahlt er für kleinere Ausgaben mit dem Travellerscheck, der kein Sachgeld, sondern Kreditgeld ist; und mit Sachgeld zahlt in seltenen Fällen in der Regel nicht er selbst, sondern sein Sekretär oder Kurier.

Gesell aber zieht überall seine Schlüsse, als wenn der reiche Mann und insbesondere der Kapitalist mit Sachgeld und mit nichts als Sachgeld kaufte und bezahlte und als ob daher der Urzins bei jeder Übertragung auch von Kreditgeld und Kapitalvermögen von ihm erhoben würde, obgleich er genau weiß und oft genug sagt, dass das nicht der Fall ist. Wir haben die Stellen bereits angeführt: „Waren, die gegen Wechsel ausgetauscht werden, sparen den Geldzins“ (330), und so an vielen Stellen: „Die Nachfrage nach Geld nimmt also um die genaue Menge der auf dem Kreditwege ausgetauschten Waren ab“ (171).

Nichtsdestoweniger nennt er den Kapitalisten (244) und den Kaufmann (327) „Geldbesitzer“. Er sagt von dem Kaufmann, dass er „als Geldbesitzer von den Warenerzeugern den Urzins darum verlangen kann, weil er den Austausch ihrer Waren durch Zurückhalten des Geldes zu verhindern vermag“ (183, 291). Er sagt von der Hausseperiode, dass jeder kaufe, der Geld hat (284), und von der Depression, dass man seine Papiere realisiert, d. h. gegen Geld verkauft. Er meint, der Krämer lege sich Geldvorräte an (256); er lässt den Kaufmann einen Wechsel zu Gelde machen (163); er behauptet, das Geld der Sparer bleibe in den Sparkassen liegen (199).

Unzweifelhaft ist hier überall nicht mehr von „Geld“ im Sinne der offiziellen Definition, nicht mehr von Sachgeld, sondern von Vermögen und Kapital die Rede, die beide als „Geld“ bezeichnet werden: Aber die Schlüsse werden noch immer so gezogen, als wäre in der Prämisse von Sachgeld allein die Rede. Geld wird mit dem Tauschmittel gleichgesetzt (163),

Geld wird gelegentlich mit dem Vermögen und Kapital gleichgesetzt: „Man kann jahraus, jahrein in Saus und Braus leben, weil man solche Zettel als ‘Kapital’ irgendwo angelegt hat“ (129). „Das Geld allein ist das wirkliche Realkapital, das Urkapital“ (339).

Ich bitte, mich nicht misszuverstehen. Ich denke nicht daran, diese Sätze zu pressen. Es handelt sich wahrscheinlich nur um eine etwas saloppe Ausdrucksweise, um jenen absichtlich volkstümlich-derben ironischen Stil, der die Lektüre des Buches oft recht erfreulich macht. Mir kommt es hier nur darauf an, die Grundauffassung zu bekämpfen, die in solchen Sätzen verräterisch durchschimmert. Zweifellos wird der Begriff „Geld“ von Gesell in einer Doppelbedeutung verwendet, als Sachgeld und als geldwertes Vermögen oder Kapital, als „Ungeld“, wie wir es der Kürze halber nennen wollen.

Gesell weiß so gut wie ich, dass die Nachfrage nach Waren *nicht nur* „durch Aufschlagen der harten Taler auf den Ladentisch“ ausgeübt wird (165). Er weiß so gut wie ich, dass fast alle bedeutenden Käufe und Verkäufe bargeldlos, durch Schecks, Wechsel, Giroverbuchung usw. vollzogen werden. Er weiß so gut wie ich, dass der „Geldbesitzer“, „Kaufmann“, „Kapitalist“ nur sehr wenig „Geld“ in der Kasse hat; dass man in der Hausse Papiere nicht mit „Geld“, sondern unter Verpfändung seines Bankdepots auf Kredit oder, wenn man vorsichtig ist, zulasten seines Bankguthabens erwirbt; und dass man in der Baisse seine Papiere nicht gegen „Geld“ verkauft, sondern den Erlös seinem Bankkonto als „tägliches Geld“ gutschreiben lässt oder die Aktien und faulen Staatspapiere gegen gute Obligationen oder Hypotheken und feine Staatspapiere austauscht oder wertbeständige Güter, wie Edelsteine, Goldgerät, „alte Meister“ oder Briefmarkensammlung, erwirbt, die man mit Schecks bezahlt. Gesell weiß so gut wie ich, dass der Krämer sich nicht Tausende in der Ladenkasse oder in den Geldschrank hinlegt, sondern sein Bankkonto füttert oder Schatzwechsel kauft, und dass der Kaufmann nur in seltenen Fällen für seinen Wechsel bares Geld entnimmt, sondern ein Bankkonto erwirbt, auf das er ziehen kann.

Hier tritt Sachgeld immer nur ausnahmsweise, in größeren Beträgen im Allgemeinen nur für Zwecke der Lohnzahlung, in Erscheinung. Sonst überall hat der Käufer „Ungeld“ in der Hand. Zweifellos befindet sich der Inhaber von Ungeld in der gleichen, vermeintlich bevorzugten Lage wie der von Geld. Auch ihm schrumpft es nicht unter der Hand, es ist eher sicherer. Denn Gold kann gestohlen werden, Papiergeld kann verbrennen, aber das Bankkonto ist sicher, auch wenn die Bank bestohlen wird, und, wenn bei einer Großbank gehalten, sogar gegen ihren Bankrott sicher. Denn, das hat sich herausgestellt, der Staat kann eine Großbank nicht krachen lassen, da das ganze Wirtschaftsgebäude mit seiner Kreditgrundlage in Trümmer fallen würde. Die Situation des Ungeld-Besitzers ist also mindestens ebenso günstig wie die des Sachgeld-Besitzers. Wenn der Urzins überhaupt erhoben wird, wird er sicher auch durch ihn erhoben. Aber Gesells Geldreform kann eingestandenermaßen das Ungeld nicht erfassen. Im Gegenteil, er weiß und sagt, dass sein Freigeld den bargeldlosen Verkehr befördern würde. Es würde ihn sogar zur fast vollkommenen Alleinherrschaft bringen. Die letzte große Lücke, die der Lohnzahlung in Bargeld, würde sofort geschlossen werden; übrig blieb fast nur die harmlose Scheidemünze. Das Sachgeld würde aus dem Verkehr verschwinden: Glaubt Gesell in der Tat, dass damit die soziale Frage gelöst, der Zins mit dem Verschwinden des Urzinses ebenso ausgerottet wäre wie die Grundrente durch die Bodenreform?

Bis zur besseren Belehrung, der ich entgegenreise – ich habe mehrfach bewiesen, dass ich gute Gegengründe ohne Zögern anerkenne und irrige Ansichten in aller Öffentlichkeit widerrufe –, muss ich behaupten, dass alle von Gesell gezogenen Schlüsse hier lediglich auf ein Äquivokation, dem Gebrauch eines doppeldeutigen Wortes, beruhen, indem „Geld“ bald als Sachgeld, bald als „Ungeld“ verstanden wird.

Wenn „die sämtlichen Privatgeldvorräte durch Freigeld abgelöst sind“, bleibt doch das Ungeld der Vermögen und Kapitalien übrig, das geradeso den Urzins erpressen kann, weil es im Gegensatz zu allen anderen Waren keiner Verwaltungsarbeit, keiner Aufwand kostenden Pflege bedarf. Und bleibt bestehen, dass all das von jedem Käufer auf seinen Verkäufer übertragen wird, dass „Zahlungen geleistet werden können“, ohne dass ein einziges Stück Sachgeld gebraucht würde. Was kann daran das Freigeld ändern?

Auf diese Frage erbitte ich mir klare Antwort.

III. Gesells Krisentheorie

Alle bisherigen Krisentheorien, darin hat Gesell unzweifelhaft recht, sind logisch unhaltbar. Wenn es wahr ist, dass Ware immer nur andere Ware nachfragt, so ist, wie schon J. B. Say zeigt, eine allgemeine Krisis überhaupt unmöglich. Und nur eine solche ist das Problem: ein Ereignis, wo *alle* Warenpreise fallen, bis der Verkehr mit dem oben geschilderten „Krach“ auseinanderbricht. Unter der Sayschen Voraussetzung kann es nur beschränkte Krisen geben, Wenn eine Ware im Preise fällt, bedeutet das nichts anderes, als dass andere, ausgedrückt in dieser Ware, im Preise gestiegen sind. An dieser Überlegung scheitern alle bisherigen Theorien: die von der Überproduktion, der Überkapitalisation und der Unterkonsumtion usw. Ein „Über“ bzw. „Unter“ hat nur dann einen Sinn, wenn ihm ein „Unter“ bzw. „Über“ gegenübersteht. Wie kann eine *allgemeine* Überproduktion möglich sein, wenn Ware immer Ware nachfragt, wie eine Überkapitalisation, wenn doch die Investition neuer Maschinen auch nichts anderes bedeutet als die Nachfrage nach Waren, wenn auch nicht gerade nach solchen des unmittelbaren Verbrauchs?! Ware ist Ware und Nachfrage ist Nachfrage! Was kann die Unterkonsumtion erklären, die die Kaufschwäche der großen Masse in den Vordergrund stellt, wo doch die Kaufkraft der Besitzenden um genau dieses Minus im Plus ist?! Und was die Besitzenden auch mit ihrem Einkommen tun mögen: Sie nehmen immer und unter allen Umständen Waren aus dem Markt, sogar dann, wenn sie Gold oder andere Kostbarkeiten aufschätzen, ja, wenn sie es ins tiefe Meer werfen, und gewiss, wenn sie ihr Kapital anderen leihen, die dafür Waren erwerben, Produktionsmittel oder, wie der Staat für Kriegszwecke, Verbrauchsgüter.

Das hat Gesell deutlich erkannt und daraus den richtigen Schluss gezogen, dass nur eine Verschiebung des Geldpreises gegenüber allen Waren die Krisis erklären kann. Aber. Wie kommt das zustande?

Von der Geldseite ist es, wie wir zeigten, nicht möglich. Der Marktpreis, der „Pegelwert“ des Goldes ändert sich nicht plötzlich katastrophal, außer im Falle einer Demonetisierung, die hier nicht infrage kommt, oder im Falle erfolgreicher Goldmacherei, die bisher noch weniger infrage kam. Gesells Krisenlehre behauptet aber gerade das. Für ihn ist das Geld in seiner Bedeutung als Sachgeld für den Tauschverkehr unentbehrlich: Wenn es aus irgendwelchen Gründen zurückgezogen wird, stürzen die Preise – und die Krise ist da. Aber die Geldbesitzer ziehen ihr Geld nur zurück, wenn „die Marktverhältnisse keine genügende Sicherheit und dem Gelde keine Abgabe bieten“ (182f.).

Beides ist, abgesehen von politisch bedingter Unsicherheit, nur der Fall, wenn die Preise sinken. Damit ist der krisenhafte Prozess eingeleitet: Dann zieht sich das Geld zurück und die Preise sinken weiter bis zum Krach. Das ist klar und richtig. Die Frage spitzt sich also dahin zu, warum die Preise schon fallen, ehe das Geld angefangen hat, sich zurückzuziehen.

„Die Preise fallen ja gerade darum, weil das Geldangebot ungenügend ist“ (186).

Das ließe sich ja hören, wenn die rohe Quantitätstheorie richtig wäre. Diese aber wird von Gesell selbst als falsch abgelehnt, die Theorie, wonach alle Waren zusammen so viel

einbringen, wie Geld vorhanden ist, sich sozusagen in das Geld teilen (208). Diese Lehre berücksichtigt weder die Elastizität der Umlaufgeschwindigkeit des Sachgeldes noch dessen weitgehenden Ersatz durch Kreditgeld. Vermehrte Umlaufgeschwindigkeit vermehrt das *Angebot* von Geld (174). Ferner nimmt die *Nachfrage* nach Geld durch den bargeldlosen Verkehr „um die genaue Menge der auf dem Kreditwege ausgetauschten Waren ab“ (171). Wenn die Preise steigen, nimmt die Geschwindigkeit des Umlaufs zu und ebenso die Kreditverkäufe: Also steigt das Angebot von Geld, die Nachfrage nach der Ware, und ihr Preis steigt weiter. Aber auch das Umgekehrte ist der Fall: Wenn die Preise sinken, geht die Umlaufgeschwindigkeit zurück, die Kreditkäufe werden seltener: Also sinkt das Angebot von Geld, während gleichzeitig die Nachfrage, nämlich das Angebot der Ware, immer mehr den Charakter der Panik annimmt: Folglich fallen die Preise noch weiter, bis zum Krach.

Damit ist der Hauptverlauf einer Krise in den Hauptzügen richtig gezeichnet, und die Deduktion kann auch hier wieder als korrekt anerkannt werden – wenn nur die Prämisse zugegeben wird, dass die erste Senkung der Preise, die den ganzen Prozess auslöst, aus dem Grund erfolgt, „dass das Geldangebot ungenügend ist“. Aber auch hier ist die Prämisse nicht bewiesen und nicht beweisbar. Untersuchen wir Gesells Argumentation sorgfältig:

„Weil wir unsere Erzeugungsmittel verbesserten, weil wir fleißig und erfinderisch waren, weil wir gutes Wetter, gute Ernte hatten, weil wir fruchtbar waren, weil wir die Arbeitsteilung, die Mutter allen Fortschritts, gepflegt haben usw. ist das Angebot von Waren, die Nachfrage nach Geld gewachsen, und weil wird dieser größeren Nachfrage nach Geld kein verstärktes Angebot von Geld entgegenwarf, fielen die Preise der Waren“ (186).

Richtig daran ist, dass wir mehr Umsätze machen müssen, die sich auf viel mehr Einheiten von „Rechengeld“ belaufen, wenn wir so erfolgreich wirtschaften. Gäbe es nur Sachgeld, kein Kreditgeld, und ließe sich der Umlauf des Sachgeldes nicht beschleunigen, so wäre der Schluss richtig. Aber es gibt massenhaft Kreditgeld, das in Zeiten der Blüte auch noch aus der Verwertung von Gebrauchseigentum, z. B. Hypothekierung von Privatvillen, Einschmelzen von Goldgeräten usw. vermehrt werden könnte, wo doch schon an sich alles irgend liquide Kapital sich zum Angebot von „Ungeld“ drängt; und die Umlaufgeschwindigkeit sogar des Sachgeldes und noch viel mehr des Kreditgeldes kann in fast beliebiger Weise vermehrt werden. Das gleiche Guthaben kann an einem Tage mehrfach den Besitzer wechseln unter der Voraussetzung, dass die sämtlichen Beteiligten bei der gleichen Bank, z. B. auf Reichsbankgiro, ihr Konto haben. Gesell müsste beweisen, dass das alles nicht ausreichen kann. Er macht keinen Versuch dazu außer einer Betrachtung, die nicht überzeugen kann: Zwar „lässt sich kaum eine Schnelligkeit des Umlaufs denken, die sich nicht durch irgendeine Einrichtung vergrößern ließe“, aber darauf komme es nicht an, sondern dass es zu jeder gegebenen Zeit „ein Höchstmaß gibt, das heute einfach nicht überschritten werden kann“ (175).

Auch das ist zuzugeben. Aber wir können Gesell mit dem Vergleich schlagen, dessen er selbst sich hier bedient. Auch für eine Eisenbahn gibt es „heute“ eine Höchstgeschwindigkeit, die nicht überschritten werden kann: „Morgen“ kann sie viel größer sein. Gut! In der Baisse fährt der Geldzug mit der Geschwindigkeit eines nicht beschleunigten Güterzuges, in der Hausse mit der des „fliegenden Hamburgers“. Gesell müsste beweise, dass auch diese Geschwindigkeit nicht hinreicht. Ich wiederhole: Er hat keinen Versuch dazu gemacht. Was er für einen schlagenden Beweis hält, ist logisch nichts als eine *petitio principii*, die das zu Beweisende als bewiesen unterstellt und sich derart im Zirkel dreht.

Aber, so wird man mir einwenden: Die Tatsachen stimme ja doch mit dem Beweise überein! Ich erwidere: Tatsachen können auch auf falsche Weise erklärt werden. Hier gibt es nur einen Richterstuhl, den der Logik. Diese Erklärung ist falsch. Wir stehen also wieder vor der bisher ungelösten Frage: Was bewirkt den ersten, auslösenden Preisfall?

Er ist im Geiste Gesells, wenn wir uns hier nicht mit dem äußeren, d. h. von außen her in das Getriebe der Gesellschaftswirtschaft als ihre Störung eingreifenden *Anlässen* zu Krisen befassen: Kriegen, Zoll- und Währungsexperiment der Staaten, umwälzenden Erfindungen, Elementarkatastrophen usw. Wir sind darüber einig, dass die Krisen zum sozusagen normalen Krankheitsbilde des Kapitalismus gehören und eine *Ursache* haben, die in inneren Fehlern der Konstruktion steckt. Diese Ursache gilt es zu finden. Warum sinken im Anschluss an eine Blüteperiode regelmäßig die Preise aller Waren und lösen dadurch die Krise aus?

Im Mechanismus der Hausse, wie Gesell selbst ihn zutreffend schildert (188), ist der Grund nicht so ohne weiteres aufzufinden. „Wenn die Preissteigerung alles billig macht“, d. h. für den Kaufmann, weil „die allgemeine Preissteigerung den Verkaufspreis über den Einstandspreis hebt“ (187), „wenn der Umsatz des Geldes steigende Gewinne abwirft, dann kauft er, so viel er kann, d. h. so viel, wie sein Geld und das, was er geborgt erhält, erlauben. Und Kredit genießt der Kaufmannsstand, solange die Preise steigen“ (188). Wo gibt es da eine Grenze? Der Schafherdenbesitzer produziert so viel Wolle, wie er kann, der Wollhändler kauft, so viel er kann, der Tuchfabrikant erzeugt, so viel er kann, der Konfektionär lässt so viele Kleider, Anzüge und Mäntel herstellen, wie er kann. Jeder gibt dem anderen gern Kredit, nimmt gern seine Wechsel, die dessen Bank gern diskontiert. Mit anderen Worten: *Die Summe des Kreditgeldes wächst genau im Maße des Wachstums der Erzeugung*; diese aber ist ungeheuer dehnbar, weil außerhalb der Hausseperiode die Kapazität der Betriebe so gut wie nirgend voll ausgenutzt wird. Und selbst diejenigen Betriebe, die ihre bisherige Kapazität erschöpfen, können leicht durch hochbezahlte Überstunden oder durch Einführung einer ganzen neuen Arbeitsschicht ihre Produktion sehr stark vermehren, wobei noch der Vorteil herauspringt, dass die Generalunkosten relativ stark sinken und dass die Maschinen viel schneller amortisiert werden, also nicht so leicht veralten. Da gut verdient wird, wird auch gern hoher Zins bezahlt. Der Umlauf aber des Sachgeldes „erreicht in der Hochkonjunktur die Höchstgeschwindigkeit“, weil man sich „in der rosigen Stimmung rascher als sonst zum Kauf entschließt, weil man das Geld nicht zehnmal umdreht, ehe man es ausgibt“ (188).

Von der Geldseite also kann jener erste Preisfall, dessen Ursache wir suchen, nicht herrühren. Selbst wenn der Umlauf des Sachgeldes nicht mitkommen könnte: Der des Kreditgeldes muss, solange die Blüte währt, immer ausreichen; es handelt sich ja um Warenkredit, der nur „am Goldmeter gemessen wird“.

Woher kommt denn nun der erste Preisfall?

Von der Warensseite! Die Produktion ist über die Kaufkraft des Marktes hinausgewachsen. Das kann man nicht erkennen, solange man, wie Gesell, beim Kaufmann stehen bleibt, sondern erst, wenn man sich darauf besinnt, dass alle Erzeugung in letzter Linie für den Verbrauch bestimmt ist, auch die von Produktionsmitteln. Hier muss des Rätsels Lösung gesucht werden.

Das Produkt der kapitalistischen Wirtschaft ist ganz überwiegend *Massenprodukt für den Massenkonsum*. Nun bin ich mit Gesell darin einig, dass das Bodenmonopol die Kaufkraft der Masse um denjenigen Bestandteil mindert, den er mit Henry George die „Grundrente“ nennt. Bestünde „Freiland“, so wäre (der Urzins ist ja als zweites Monopol abgewiesen) die Kaufkraft der Masse immer genau gleich ihrer Produktionskraft, das Gesamterzeugnis könnte auf jede Menge wachsen, für die die Bevölkerung gewillt wäre, die Arbeit aufzuwenden. Da nun aber das Bodenmonopol besteht, bestimmt die Kaufkraft der Masse allein die Fassungskraft des Marktes für Massenware. Zwar nehmen auch die Mehrwertbezieher einen Teil des Fabrikproduktes aus dem Markte, aber das ist ein Tropfen im Ozean. Wenn die Massenkaufkraft erschöpft ist, kann der Bedarf der schmalen Oberschicht die Lücke unmöglich füllen.

Nun steigen zwar in der Hochkonjunktur auch die Arbeitslöhne, aber zunächst sehr langsam, weil zuerst die Reservearmee der Arbeitslosen und die Kurzarbeiter aufgesogen werden müssen, und weil jede Besserung des industriellen Arbeitsmarktes sofort die virtuelle Reservearmee der Landarbeiter massenhaft in die Städte saugt, Darum steigt der Einzellohn zunächst wenig oder gar nicht, wohl aber steigt die Lohnmasse proportional der Zahl der Beschäftigten. Das bedeutet zunächst eine sehr starke Vermehrung der wirksamen Nachfrage nach dem Massenprodukt, schon weil der Arbeiter, der in der Tiefkonjunktur der letzten Zeit gezwungen war, sich als Käufer sehr zurückzuhalten, jetzt beginnt, seinen aufgestauten Bedarf zu befriedigen. Mit dem Fortschritt der Hochkonjunktur wächst dann auch der Einzellohn und mit ihm auch die Lohnmasse. Aber erstens wächst die Kaufkraft, der Reallohn, nicht so stark wie der Geldlohn, der Nominallohn: Sind doch alle Preise gestiegen; und zweitens und vor allem: Der Lohn, nicht einmal der Nominallohn, steigt entfernt so stark wie die Masse des Produkts. Eines Tages ist der Preis aller der Waren, die nur an die Arbeiter verkauft werden können, größer als die dafür verfügbare Kaufkraft, *und jetzt beginnt der Preisfall*. Daraus folgt dann alles andere mit Notwendigkeit, wie Gesell das geschildert hat.

Es gibt ein Sturmzeichen, das den Taifun ankündigt: *Es kommt eine Zeit, wo zwar die Preise noch steigen, aber die Gewinne zurückgehen*, weil die Roh- und Hilfsstoffe, die Maschinen und vor allem die Löhne und Kreditzinsen unaufhaltsam hinaufgehen. Wenn dies Zeichen beachtet würde, wenn jeder Fabrikant sofort seine Fabrikation stark einschränken würde, dann könnte die Krise vermieden werden. *Das aber kann er nicht, darf er nicht!* Denn er weiß, dass seine Konkurrenten gerade dann genau das Gegenteil tun werden, um durch größeren Umsatz bei sinkendem Einzelgewinn dennoch den Gesamtgewinn auf der Höhe zu halten, ja womöglich noch zu steigern. Und dann ist er doppelt geschädigt: sinkender Einzelgewinn bei schwindendem Umsatz. Er *muss* aus diesem Grund sehenden Auges seinen eigenen Markt noch weiter überführen und dadurch verderben, in der Hoffnung, es länger auszuhalten als seine Konkurrenten. Er dehnt also bei sinkendem Gewinn seine Produktion noch mehr aus, er hat dazu auch die sozusagen technische Möglichkeit in dem Umstände, dass er in der kapitalistischen Gesellschaft aus einem praktisch nicht zu erschöpfenden Reservoir von Arbeitskraft schöpfen kann.

Wo das Bodenmonopol nicht besteht, besteht diese Möglichkeit nicht, weil es keine „freien Arbeiter“ gibt, die sich in Überstunden abrackern lassen, und keine Reservearmee in Stadt und Land. Und er ist auch gar nicht dazu versucht, *er muss* es nicht, weil er kein anderes Einkommen hat als den ihm gerechterweise zustehenden Lohn seiner eigenen qualifizierten Arbeit (10). Hier gibt es keinen Einzelprofit und daher natürlich auch keinen Gesamtprofit.

Hier haben wir die letzte, die wirkliche Ursache der Krisen als „innere“ Fehlerhaftigkeit der Gesellschaftswirtschaft von heute aufgedeckt.

Alle bisherigen Krisentheorien, außer der Gesell'schen, die grundsätzlich richtig ein Missverhältnis zwischen dem Gelde und der Warenmasse sucht, sind ausgegangen von der Voraussetzung, dass der Produzent nur bei steigenden Gewinnen ausdehnt, aber bei sinkenden einschränkt. Diese Voraussetzung gilt nur für die monopolfreie Wirtschaft, nicht aber für die kapitalistische. Von ihr aus ist daher die Lösung des Problems unmöglich. Meine Analyse der Psychologie des Kapitalisten, der Nachweis, dass er auch bei sinkendem Gewinn ausdehnen anstatt einschränken muss, löst es vollkommen. Ich habe diese Lösung bereits vor fast vierzig Jahren in meiner „Siedlungsgenossenschaft“ von 1896 veröffentlicht. Es ist selbstverständlich, dass sie bisher, soweit ich sehen kann, in keiner einzigen der zahllosen Theorien und Bücher über das Krisenproblem auch nur erwähnt worden ist. So ist nun einmal die Nationalökonomik der Universitäten! Man muss sich damit abfinden.

Könnte die Ausgabe vermehrten Sachgeldes, Freigeld oder nicht, den Ausbruch der Krise verhüten oder die schon ausgebrochene Krise in eine Blüteperiode umwandeln? *Unmöglich!*

Nimm an, es werde so viel Papiergeld oder Freigeld ausgegeben, dass alle Waren um zwanzig oder fünfzig Prozent im Preise emporschnellen. Nimm weiter den günstigsten Fall an, dass diese Preiserhöhung in allen Zweigen für alle Waren gleichzeitig erfolgt. Nimm schließlich an, dass auch die Arbeitslöhne gleichzeitig und im gleichen Ausmaße steigen: eine fast schon unerlaubte Annahme, da notorisch unter solchen Umständen der Lohn sehr beträchtlich nachhinkt. Selbst unter diesen Voraussetzungen, selbst in diesem „günstigsten Grenzfall“ ändert sich nichts in dem Verhältnis zwischen der Kaufkraft und dem Angebot von Ware. Die Arbeiter haben zwanzig bzw. fünfzig Prozent mehr *nominale* Kaufkraft, aber die Waren sind gleichfalls um zwanzig bzw. fünfzig Prozent teurer geworden: Die *reale* Kaufkraft hat sich nicht vermehrt. Freilich wird der „Krach“ *für den Augenblick* vermieden, weil jeder Wechselschuldner seinen Gläubiger mit dem entwerteten Zahlungsmittel befriedigen kann: *Aber der Krach wird nur verschoben*; er wird in kürzester Zeit neu ausbrechen oder man wird immer neue Massen von Papiergeld ausgeben müssen, bis die Inflation unerträglich geworden ist und dann der Zusammenbruch mit vervielfachter Wucht erfolgt. Dieses Verfahren, mit dem heute Kurpfuscher hantieren, bedeutet nichts anderes als Einspritzungen von Morphin, die den Kranken eine kurze Weile über seinen verzweifelten Zustand hinwegtäuschen, auf die Dauer aber umbringen. Die Selbststeuerung der Wirtschaft wäre rettungslos zerstört.

Anmerkungen:

¹ Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, 5. Aufl., Rehbrücke bei Berlin, S. 12. Wir zitieren aus diesem Buch künftig nur in Ziffern in Klammern zur Angabe der Seitenzahl.

² Mein „System der Soziologie“ künftig bezeichnet als S. S. III S. 902.

³ Der Goldversand in normalen Zeiten, den die Handelsstatistik im „Generalhandel“ vom „Spezialhandel“ absondert, ist fast durchaus nichts anderes als Rohstoffhandel, in dem das Gold keine andere Rolle spielt als etwa Eisen oder Kupfer.

⁴ S. S. III S. 1084ff.

⁵ S. S. III S. 486.

⁶ Der isolierte Staat, Ed. Waentig, 2. Aufl., S. 470.

Quelle: Franz Oppenheimer: Freiland – Freigeld. Kritik der Geld- und Krisentheorie Silvio Gesells, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 71 (III) 1935, 313-343.

*